

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

117 (22.5.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALDEMOKRATISCHES KARLSRUHE

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Belegzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Text, bei der Nichterhaltung der Zahlungsjahres, bei geschickter Detachierung und bei Anfertigung außer Kraft tritt o. Erlösungser und Verfallenszeit 14 Tage nach dem Erscheinen der Anzeigen. Abnahme 3 Tage vor dem Erscheinen.

Antere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Inbetrieb 2,20 Mark o. durch die Post 2,00 Mark o. Geschäftsanteil 10 Pfennig o. Geschäftsanteil 5 Pfennig wöchentlich 11 Pfennig o. Geschäftsanteil 2000 Mark o. Geschäftsanteil und Redaktions: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 o. Jernstr. 7020 und 7021 o. Dillstr. 11-Milieu: Durlach, Hauptstraße 9, D.-Doben, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Rastattstraße 2; Offenburg, Hauptstraße 8

Nummer 117

Karlsruhe, Freitag, den 22. Mai 1931

51. Jahrgang

Der Brotpreisikandal

Bedenkliches Versagen der Reichsregierung / Unverantwortliche Redensarten des Reichsunterernährungsministers

In einer Pressebesprechung äußert sich Reichsunterernährungsminister Schiele über seine Brotpreispolitik. Er stellt die gegenwärtige kritische Situation so dar, als ob der Kampf um den Brotpreis, der von den Agrarierblättern geschmackvoll als „Brotpreistrummel“ abgetan wird, eine parteipolitische Angelegenheit sei, die maßlos aufgebauscht wurde. Die Versorgungslage, meint der Minister, sei durchaus gesichert. Am 15. April hätte die Landwirtschaft noch 1,5 Millionen Tonnen Vorräte gehabt. Außerdem wären noch beim Handel und bei den staatlichen Stützungsstellen 300 000 Tonnen Vorräte vorhanden. Wir glauben gerne, daß der Roggen, der noch bei den Landwirten lagert, zur Versorgung der Bevölkerung ausreicht. Es fragt sich nur, zu welchen Preisen die Herren Agrarier gerufen werden, ihre Bestände an die Verbraucher abzugeben? Wir stellen fest, daß die Bestände äußerst knapp sind, daß der Minister selber Besseres hat, daß der Roggen nicht ausreicht, denn er hat ja durch die Stützungsstellen 34 000 Tonnen Roggen im Ausland ankaufen lassen.

In seinen weiteren Ausführungen stellte er dann völlig unzulängliche Maßnahmen auf, die von ihm ergriffen worden sind, um den Brotpreis nicht allzusehr steigen zu lassen. Am Schlusse seiner Ausführungen beschuldigte er sich mit der Verschwendung der Brotpreisgestaltung in Berlin. Er stellte fest, daß hier unberechtigte Spannen vorhanden sein müssen. Es grenzte aber geradezu an eine Verhöhnung der Gesehe und der Verbraucher, als er den Pressevertretern vorredete, daß diesen Preispannen mit behördlichen Eingriffen schwer zu Leibe zu gehen sei. Durch ein entsprechendes Verhalten der Konsumenten wäre aber ein Abbau dieser Preispanne möglich. Vielleicht entschlossen sich die maßgebenden Stellen, dem Publikum die Möglichkeit des billigeren Einkaufs ausgiebig bekannt zu geben. Dies würde wirksamer sein als das hysterische Geschrei über agrarische Brotpreisverwertung und ähnlichen Unsinn.

Man muß sich wundern, daß das Reichskabinett noch einen Minister unter sich duldet, der den Gesehestext einfach umdreht. Im März ds. Js. hat der Reichstag der Regierung die Ermächtigung zu neuen Zollerhöhungen nur unter der Bedingung gegeben, daß die Regierung jeder Erhöhung des Brotpreises vorzuziehen hat. Brotpreis Erhöhungen sind schon im April in 60 Prozent der Großstädte allein Preußens vorgenommen worden. Die Regierung hat bisher an keinem Ort eine Senkung der Brotpreise auf den früheren Stand durchgeführt. Sie hat, anstatt das einfachste Mittel anzuwenden, nämlich die Zölle zu senken (was der Landwirtschaft nicht das geringste geschadet hätte, da sie die zum Verkauf verfügbaren Vorräte nur noch in ganz geringem Umfange besitzt), in endlosen Verhandlungen versucht, in Berlin den Brotpreis zu senken. Dies ist ihr bisher nicht gelungen, obwohl Herr Schiele dramatisierend verkündet hat, daß am 18. Mai das Brot in Berlin wieder 47 Pf. kosten soll. In einigen anderen Städten hat das Reichsunterernährungsministerium jetzt mit Verhandlungen angefangen, ohne daß irgend welche Erfolge bisher zu sehen sind. Die Brotpreis Erhöhungen sind aber teilweise schon vor vier Wochen erfolgt. Wir stellen hiermit fest, daß die Reichsregierung und namentlich Herr Schiele sich nicht an das Gesehe gehalten haben. Es ist der Gipfel, wenn jetzt Herr Schiele von den Verbrauchern verlangt, sie müßten sich selber um die Herabsetzung des Brotpreises kümmern!

Unverantwortlicher hat wohl noch selten ein Minister geiprochen!

Tagung der Reichstagsfraktion der SPD.

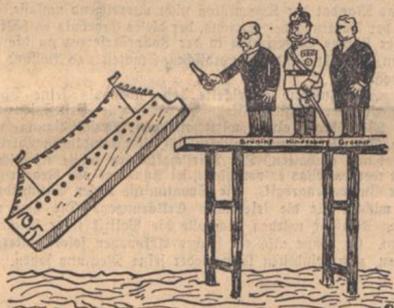
Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschloß am Donnerstag, die Reichstagsfraktion auf Donnerstag, den 28. Mai, nach Berlin einzuberufen. Er beschäftigte sich ferner mit der politischen Lage und erörterte in mehrstündiger Aussprache die gegenwärtig im Vordergrund stehenden innen- und außenpolitischen Probleme. Der Vorstand beschloß unter anderem, beim Reichskanzler Dr. Brüning erneut ernsteste Vorstellungen in der Brotpreisfrage zu erheben und zu verlangen, daß die Regierung durch eine allgemeine Senkung des Weizen- und Roggenzolls binnen kürzester Frist die Gewähr für die Vermeidung weiterer Brotpreis Erhöhungen und für die Rückgängigmachung der bisherigen Preissteigerungen schaffe. Der Reichskanzler soll dabei nachdrücklich auf die politischen Folgen aufmerksam gemacht werden, die durch ein Versagen der Reichsregierung in dieser politisch und psychologisch so unangenehm bedeutungsvollen Angelegenheit entstehen würden. Der

Vorstand erörterte sodann die Eventualitäten, die sich aus dem geplanten Erlaß einer neuen Notverordnung ergeben können. Ohne den Beschluß der Fraktion im einzelnen vorzugreifen, stellte er sich auf den Standpunkt, daß die überaus ernste Finanzlage der öffentlichen Körperschaften nicht zu einem Abbau der sozialen Einrichtungen benutzt werden darf. Die Finanzierung müsse mit Mitteln erfüllt werden, durch die eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der durch die Wirtschaftskrise in besonderem Maße geschädigten Volksschichten vermieden werde.

Angriffe gegen den Reichsaußenminister

ERN. Berlin, 21. Mai. Der sozialistische Vorstoß der „DZ“ gegen Curtius, dem besonders die „Deutsche Tageszeitung“ beigetreten ist, wird heute unter der anprahrsvollen Überschrift „Das Mißtrauensvotum“ von dem Blatte fortgesetzt.

Vorstoß gegen die Notverordnung



„Diese infame Gottlosenpropaganda! Jetzt will sich selbst der Panzerkreuzer nicht taufen lassen!“

Gedenkt der Arbeitslosen!

Bedeutungsvolle freigewerkschaftliche Vorschläge

Wie ein unheilvolles Gewitter steht die Sozialabbau-Notverordnung am Horizont. Nach allem, was man hört, soll seine Neufinanzierung in erster Linie durch Abbaumaßnahmen herbeigeführt werden. Die freien Gewerkschaften haben wiederholt auf die mit den ruckbar gewordenen Abbauplänen verbundenen ernsten Gefahren hingewiesen. Wiederholt haben sie den Nachweis erbracht, daß eine Ausschöpfung des Arbeitslosenrisikos durch Einführung von Gehaltskürzungen, Verlängerung der Wartezeit, Abbau der Leistung durch Kürzung der Unterrichtszeit und dergl. alles andere als eine Lösung des Arbeitslosenproblems darstellt. Die freien Gewerkschaften treiben jedoch nicht nur negative Kritik. Wie stets, so zeigen sie auch jetzt einen Weg aus den Schwierigkeiten. In der nächsten Nummer der „Arbeit“, der Monatszeitschrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, beleuchtet Dr. Bruno Broeder diesen Weg.

Die Sanierung der Arbeitslosenunterstützung kann, wie aus Broeders Darlegungen klar hervorgeht, in der Arbeitslosenversicherung ausschließlich von der Einnahmeseite her verfolgt werden. In der Krisenfürsorge und kommunalen Fürsorge bedingt die Reform eine organisatorische Zusammenfassung, eine Neugestaltung der Leistungen und auch hier wiederum eine Neuordnung der Mittelveranschlagung. In der gegenwärtigen Situation kann mit Zug und Redt die Forderung aufgestellt werden, daß alle Arbeitnehmer bis hinauf zum höchsten Einkommen entsprechend ihrem tatsächlichen Verdienst zu Beiträgen herangezogen werden. Würde diese Pflicht wahr gemacht, und die jetzige Beitragspflichtgrenze von 70 Mark pro Woche bzw. 300 Mark pro Monat beseitigt und ebenso die Versicherungsfristgrenze der Anstellten von 8400 Mark jährlich aufgehoben, so würde mit einer ganz erheblichen Mehreinnahme — nach Broeders Schätzung kaum unter 100 Millionen Mark — zu rechnen sein.

Eine weitere Sanierungsmöglichkeit besteht nach Broeder in einer Neuordnung der Versicherungsfrist für die Landwirtschaft. Die Befreiung arbeitsloser Gruppen landwirtschaftlicher Arbeitnehmer von der Versicherungsfrist ist unbillig. Würde diese Befreiung verschwinden, dann wäre mit einem neuen, nicht unerheblichen Plus an Einnahmen zu rechnen. Eine dritte Möglich-

Regierungsrücktritt in Belgien

Tumultuarische Militärdebatte

Brüssel, 21. Mai. (Sig. Drahtb.) Die belgische Regierung ist am Donnerstag nachmittag zurückgetreten infolge der Debatte über die Festungsentwürfe. Die katholische liberale Mehrheit hatte den sozialistischen Antrag auf eine Vertagung des Festungsentwurfs bis nach der Abrüstungskonferenz abgewiesen und zwar mit 90 gegen 77 Stimmen. Die Sitzung der katholischen Kammerfraktion am Donnerstag nachmittag forderte von der Regierung die Absetzung der Festungskredite von 300 auf 175 Millionen und Aufhebung der Festungswerke rund um Antwerpen. Der Ministerpräsident habe dieses versprochen, jedoch ohne Wissen der liberalen Fraktionen, deren Führer Devezze in der Nachmittagsitzung der Kammer erklärte, seine Fraktion weigere sich, die Kreditherabsetzung zu genehmigen.

Darauf erklärte sofort der Kriegsminister Bonoeje seinen Rücktritt. In der Kammer entwickelte sich schnell ein unbeschreiblicher Tumult. Die Opposition rief unaufhörlich: Demission, Demission. Der Präsident hob die Sitzung auf. Vier Stunden später trat die Regierung zurück. Obwohl der Rücktritt Jaspers in erster Linie ein sozialistischer Triumph ist, wird unsere Partei an der Bildung einer neuen Regierung nicht teilnehmen, ehe die in den Wahlen von 1920 verloren gegangenen Mandate zurückgewonnen sind. Der König wird am Freitag die Präsidenten der Kammer, des Senats, sowie die Parteiführer Renclin, Vanderveelde und Devezze hören.

Die Arbeitslosigkeit in England

London, 21. Mai. In einem Bericht des Arbeitsministers, Mr. Bondfield, wird angeführt, daß die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der sozialversicherten Personen in Großbritannien im Jahre 1930 mit 15,9 Prozent die höchste seit 1921 sei. Das Jahr 1930 sei vom Standpunkt der Arbeitslosigkeit sehr schlecht gemein. Man schätze die durchschnittliche Zahl der versicherten Personen, die Beschäftigung hatten, auf nur 9 764 000, das seien 443 000 weniger als 1929. Seit 1926 habe die Zahl der Beschäftigten nicht mehr einen solchen Tiefstand erreicht. Jede Industrie von einiger Bedeutung habe ihren Anteil an der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit in der Baumwollindustrie sei um 33 Prozent gestiegen, die der Getreide um 28,6 und die der Werften um 21,8 Prozent.

Reichspräsident v. Hindenburg empfängt den neuen spanischen Botschafter

Berlin, 21. Mai. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute den neu ernannten spanischen Botschafter Dr. Americo Castro zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens.

Festsetzung der spanischen Corteswahlen auf Ende Juni

Madrid, 21. Mai. Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, daß die Corteswahlen am 28. Juni stattfinden sollen.

keit läge, wenn Reichshilfe auch nur im bescheidenen Maße nicht in Frage kommen sollte, in einer Steigerung der Beiträge.

Das Bild der finanziellen Auswirkung einer Beitrags Erhöhung sieht nach Broeders Schätzung folgendermaßen aus: Die Reichsanhalt schätzt das durchschnittliche Beitragsaufkommen für 1 Prozent pro Monat und Kopf des Beitragszahlers auf 1,42 Mark. Unter der Voraussetzung, daß eine Beitrags Erhöhung um 1 Prozent am 1. Juni in Kraft tritt, also noch 10 Monate im Rechnungsjahr 1931 durchgeführt wird, ergibt sich eine Mehreinnahme von 14,20 Mark pro Kopf des Beitragszahlers, d. h. bei einer Durchschnittszahl von 13 Millionen Beitragszahler eine Gesamtmehreinnahme von 184,6 Millionen Mark. Da der Eingang der Beiträge normalerweise eine Frist von 4 bis 6 Wochen erfordert, muß für das Rechnungsjahr 1931 ein nicht unerheblicher Beitrag in Abzug kommen. Jedenfalls kann aber mit einer Effektive Mehreinnahme von rund 160 Millionen Mark gerechnet werden.

Mit den Mehreinnahmen aus den drei von Broeder gemachten Vorschlägen könnte das geschätzte Defizit der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden. Es bleibt dann aber immer noch das Finanzproblem der Krisenfürsorge und der kommunalen Fürsorge. Die Reichsanhalt schätzt das Defizit der Krisenfürsorge auf 149 bis 175 Millionen, und die Mehrbelastung der Kommunen gegenüber den Ausgaben des Vorjahres wird auf rund 300 Millionen geschätzt. Dabei ist zu beachten, daß aller Voraussicht nach die Kommunen die Ausgaben des Vorjahres nicht noch einmal in vollem Umfang tragen können. Broeder betont, daß selbst unter Berücksichtigung einer bescheidenen Entlastung der Kommunen im Verhältnis zum Vorjahr — etwa um 100 Millionen Mark — sich auf dem kommunalen Konto ein Fehlbetrag von rund 400 Millionen und auf dem der Krisenfürsorge ein Fehlbetrag von im Mittel etwa 160 Millionen Mark ergebe.

Wir sind gespannt, ob der von den freien Gewerkschaften hingewiesene Weg zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung Beachtung findet oder ob auch in der Frage des Sozialabbaus ähnlich wie bei dem Lohnabbau die Stimme der Gewerkschaften von den Verantwortlichen in den Wind geschlagen wird.

Schwere Zusammenstöße in Essen

Essen, 21. Mai. (Eig. Draht.) Im Anschluß an eine Erwerbslosenfundgebung kam es am Donnerstag nachmittag zu Anfeindungen vor dem Rathaus. Bei den Demonstrationen wurden mehrere Schaufenster zertrümmert. Ein Polizeibeamter wurde von der Menge überfallen, abgedrängt, entwandert und schwer mißhandelt. Ein zweiter Beamter wurde durch Messerstiche schwer verletzt. Im Konstadtplatz kam es zu einer Schießerei. Als ein Beamter seine Angreifer durch Schreie zurückhalten wollte, erhielt er einen Schuß auf die Hand. Die abirrende Rangel durchschlug die Schaufensterscheibe eines Nebengebäudes und verletzte den Sohn des Inhabers schwer am Kopfe. Zwei weitere Personen wurden durch Schüsse ebenfalls schwer verletzt. Sechs Demonstranten wurden verhaftet.

Schwere Naziauscheidungen in Stuttgart

Stuttgart, 21. Mai. (Eig. Draht.) In provokatorischer Weise hatte das Stuttgarter Nazi-Blatt in Anzeigenform eine Bekanntmachung „March durchs rote Geslacht“, einem Stuttgarter Vorort, veröffentlicht. Dieser Aufforderung sind die Nazis natürlich getreu nachgekommen und schon an der Einfallsforte nach Geslacht, am Marienplatz, kam es zu den ersten Zusammenstößen. Mit Stilettemessern, Schlagriemen und sonstigen „legalen“ Worbewerkzeugen, schlugen die Demonstranten auf die Passanten ein und diese Ausschreitungen setzten sich während des ganzen Marktes durch Geslacht fort. Die ganze Prozession spielte sich unter den Augen der Stuttgarter Schupo ab. Ein Augenzeuge berichtet uns, daß an der Matthäusstraße auf Pfeifenkanal hin die gesamte SS aus Schwärmen und das Publikum wiederholt mit Schlag- und Stichwaffen auseinandergetrieben wurde. Die Polizei aber schwenkte in die Angriffsfront der Nazis ein und schlug Schulter an Schulter mit diesen auf die Bevölkerung ein, obwohl sie wiederholt darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die stürmenden Nazis Stieb- und Schußwaffen mit sich führten. Die Polizei ist mit daran schuld, wenn es in Geslacht zu größeren Unruhen gekommen ist.

Ermittlungsverfahren wegen Meineid gegen Hitler

Berlin, 21. Mai. Der frühere nationalsozialistische Sturmführer Friede, der den Danziger Sturm der NSDAP führte und von Hitler später abgesetzt wurde, hat, wie das Berliner Tageblatt berichtet, bei der Berliner Staatsanwaltschaft eine Meineidsanzeige gegen Hitler eingereicht. Die Staatsanwaltschaft hat bereits mit den Ermittlungen in dieser Sache begonnen. Es handelt sich darum, daß Hitler im Proseß Stiel u. Gen. unter Eid ausgesagt hat, Friede habe eine Wehrmachtsleiter und eine Versammlung der NS in Danzig gesprengt. Friede erklärt, daß es sich bei diesen unter Eid gemachten Behauptungen um wesentliche Unwahrheiten handele.

Hochverratsprozeß gegen kommunistischen Abgeordneten

Leipzig, 21. Mai. (Eig. Draht.) In dem Hochverratsprozeß gegen den kommunistischen Abgeordneten und Parteisekretär Hermann Kemmele aus Berlin verurteilte das Reichsgericht heute den Angeklagten in Abwesenheit wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Lateinamerika mit Vergehen gegen das Republikfluchtgesetz zu zwei Jahren neun Monaten Festungshaft.

Saisonmäßiger Rückgang der Arbeitslosigkeit

Nur sehr langsame Besserung. M.I.A. meldet: Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Mai hat sich der Beschäftigungsgrad weiter gehoben; die Bewegung ist zwar, verglichen mit dem letzten Berichtsabschnitt, langsamer geworden, doch ist sie noch fräftiger als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen hat seit dem 30. April um rund 147 000 abgenommen und bezifferte sich am 15. Mai auf 4 211 000. Eine gleich starke Besserung trat in 1930 erst im Verlaufe des ganzen Monats Mai ein. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um rund 174 000 auf rund 1 713 000 gesunken. Andererseits hat die Belastung der Krisenfürsorge noch um rund 11 000 auf annähernd 914 000 Hauptunterstützungsempfänger zugenommen.

Die Aufnahmefähigkeit der Saisonarbeitskräfte hat gegenüber der zweiten Hälfte des April nachgelassen. Die Ursache dafür ist vor allem die Einschränkung des Kräftebedarfs in der Landwirtschaft. Die Tätigkeit im Baumarkt hat weiterhin langsam zugenommen, der Beschäftigungsgrad bleibt jedoch hinter dem des Vorjahres nicht unerheblich zurück. In den vom Baumarkt abhängigen Industrien ist die Lage etwas günstiger geworden, wenn auch die Entlastung in abgerundem Tempo fortschreitet. Die Besserung des Arbeitsmarktes im Bekleidungssektor konnte sich weiter fortsetzen. Im Spinnstoffgewerbe hat die Beschäftigung anhaltend. Der Abbau der Belegschaften im Steinkohlenbergbau hat sich fortgesetzt. Die Hütten- und Eisenwerke melden Nachlassen der Nachfrage aus Oberösterreich und Niederösterreich. Weitere Kurzarbeit und ungleichmäßige Entwicklung meldet das Rheinland. Einzelne Zweige der Metallbearbeitung erlitten bezüglich einer gewissen Stützung. Der Beschäftigungsgrad hat sich in der Rost- und Nickerhütten, Mitteldeutschland, der westfälischen Grobblechindustrie etwas gebessert. In der Kraftwagenindustrie sind vereinzelt Rückschläge eingetreten. Eine Entlastung erfuhr der Arbeitsmarkt im Gastwirtschaftsgewerbe und in einigen Zweigen des Nahrungsmittelgewerbes. Der Arbeitsmarkt der Angestellten wurde durch umfangreiche Zugänge belastet.

Unruhen auf Kuba

Neuork, 22. Mai. (Funkdienst.) In verschiedenen kubanischen Städten ist es zu einem Aufstand gegen die Regierung des Präsidenten Machado gekommen. Die Regierung behauptet, Herr der Lage zu sein.

Rußland und Weizenkonferenz

London, 22. Mai. (Funkdienst.) Auf der internationalen Weizenkonferenz haben sich die Russen geweigert, Mindestpreise festzusetzen und die im Rückwärtsplan vorgesehene Vermehrung der Weizenproduktion abzulehnen.

Abschlußarbeiten in Genf

Weitere Beitritte zur Schiedsgerichts-Generalakte

Genf, 21. Mai. Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Völkerbundsrates gab Sanderjón ein Telegramm MacDonalds bekannt, worin dieser seine Befriedigung über die Wahl Sanderjóns zum Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz ausdrückt und im Namen der britischen Regierung seine Zustimmung zu dieser Wahl erteilt.

Reichsaußenminister Dr. Curtius sprach seinerseits als Präsident des Rates seine Genugtuung über diese Mitteilung aus. Der Völkerbund habe gemäß für diese schwierige Aufgabe keinen besseren Präsidenten finden können, und die Wahl Sanderjóns sei eine Gewähr für den Erfolg des großen Werkes, das zur Sicherung des Friedens unternommen werde.

Die periodische Berichterstattung über den Stand der Ratifizierung der unter den Auspizien des Völkerbundes abgeschlossenen Verträge gab einer Reihe von Ratsmitgliedern, darunter England und Frankreich, Anlaß zur Mitteilung ihres Beitrittes zur Generalakte über die Schiedsgerichtsbarkeit.

Grandi versprach die baldige Ratifizierung durch den italienischen Senat. Nach dem Beitritt zweier der wichtigsten Länder könne man mit größter Sicherheit und erhöhtem Vertrauen an die Beendigung der Rüstungen gehen.

Curtius betonte, es verdiene das größte Interesse, wenn jene Länder das Bekenntnis zur friedlichen Regelung der Konflikte abgelegt hätten. Der Völkerbund habe den Mitgliedern zwei Wege dafür offen gelassen. Die Generalakte oder zweifelhafte Schiedsverträge. Die genannten Staaten (Deutschland) ist bekanntlich den andern möglichen Weg von zweiseitigen Schiedsverträgen (gegangenen) hätten sich für den ersten Weg entschieden.

Der Völkerbund nimmt den Plan einer internationalen Agrarreditbank an

Genf, 21. Mai. Der Völkerbundsrat hat heute den Plan einer internationalen Agrarreditbank, die in Genf unter der Oberhoheit des Völkerbundes errichtet werden soll, angenommen.

Mageres Ergebnis der Europa-Kommission

Rußlands Weltwirtschaftsriedensvorschlag bleibt für September referiert

Genf, 21. Mai. (Eig. Draht.) In der Schlussitzung der Europa-Kommission blieb von den größeren konstruktiven Wirtschaftsplänen Frankreichs und aller übrigen Vorschläge nichts weiter übrig als die Bildung eines fünfgliedrigen Komitees für wirtschaftliche Angleichung, der drei Unterkomitees aus Fachleuten beigegeben werden die für die Befolgung der Kredit-, Zoll-, Präferenz- und Kartellverträge sorgen sollen. Oesterreich erhielt die eigene Initiative zurück, sich mit Vorschlägen für seine Unterstützung an den Europaausschuss zu wenden. Zum russischen Vorschlag des wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes konnte das Resolutionskomitee keinen Vorschlag machen, da er weitreichende grundsätzliche Probleme enthalte, die das Mandat der Kommission nicht ausreichte umfasse.

In der Beratung des Berichts, der dieses Ergebnis enthält, zeigte sich der härteste Widerspruch in der Zollpräferenz an die Agrarstaaten, dem England die nordischen Staaten und Holland widersprachen.

Litwinow-Rußland entwickelte dann nochmals seine Idee des wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes. Generelle Prinzipien müßten jeder Möglichkeit einer wirtschaftlichen Verständigung vorausgehen. Die Regierungen müßten sich aller feindlichen Wirtschaftsmahnahmen enthalten. Der Wirtschaftskrieg müsse förmlich verboten werden. Was er vorschläge, sei Annahme von Regeln gemeinsamer Zusammenarbeit. Die Spontanität dieser Entscheidung sei sehr wichtig für die friedlichen Erklärungen. Die hier versammelten Minister würden doch alle die Politik ihrer Regierungen kennen. Es könne also ein solches Abkommen sofort unterzeichnet werden, zum mindesten könne jeder seine Meinung sagen.

Sogleich unterstützte der Vertreter der Türkei den wirtschaftlichen Nichtangriffspakt.

Sanderjón regte an, daß dieser Vorschlag in der Unterkommission nochmals behandelt werden solle. Dr. Curtius erklärte die vollste Sympathie Deutschlands zu Litwinows Grundgedanken eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes. Er begrüßte diese Idee aufs wärmste und sprach die Überzeugung aus, daß die Beurteilung jeder feindlichen Wirtschaftshandlung liberal auf aufgenommen werde. Die deutsche Delegation habe sich bemüht, in der Zwischenzeit zu einem baldigen Ergebnis zu kommen; bei anderen Regierungen habe er jedoch die Auffassung gefunden, daß sie erst mit ihren Kollegen zu Hause verhandeln müßten. Es müsse Zeit gelassen werden, um den Gedanken zu prüfen und diese Maßnahme sei kein Zeichen einer unfreundlichen Aufnahme. Er stelle daher den Antrag, diese Idee auf die Tagesordnung der nächsten Europatagung im September zu setzen, in der Hoffnung, daß dann alle Mitglieder des Ausschusses zustimmen würden.

Briand regte darauf an, die nächste Tagung am 3. September beginnen zu lassen, was ebenfalls angenommen wurde. In seiner Abschlusssprache stellte Briand fest, daß vor allem das Protokoll Litwinows unverändert in den Händen des Unterausschusses sei und somit automatisch zur nächsten Tagung der Europatagung zurückkehren werde. Er unterstützte aufs wärmste die Idee eines Weltwirtschaftsriedens, der gewiß nirgends widerprochen werden würde. Aber in Litwinows Programm seien noch Bestimmungen, die nicht ganz ungeschuldig wären und die noch geprüft werden müßten. Das habe nichts mit Unfreundlichkeit zu tun und er werde alle Anregungen dieser Art mit wärmster Sympathie begrüßen. Zum Schluß sagte er, hier sei im Geiste des Friedens und der Solidarität gearbeitet worden. Es bleibe die Hauptaufgabe des Ausschusses bestehen: Die gegenseitige Hilfe.

Rußlands gute Position in Genf

Der Genfer Korrespondent des Daily Herald meldet: Die interessanteste und vielleicht wichtigste Entwidlung auf der Genfer Konferenz ist die Veränderung der Beziehungen zwischen den Russen und den anderen Delegationen gewesen. Litwinow wird im Gegensatz zu früher mit größter Höflichkeit und offenbarem Interesse angehört. Heute wird Litwinow mit Briand und Jaseff Unterredungen haben. Man hat den Eindruck, daß eine Veränderung der französischen Politik gegenüber Rußland im Werden ist. Dies wird verstärkt durch bisher allerdings unbefestigte Gerüchte von wichtigen Verhandlungen in Paris über ein großzügiges Handels- und Kreditabkommen mit der Sowjetunion.

Abrüstungsdebatte im Völkerbundsrat

Genf, 22. Mai. In der Nachmittagsitzung des Völkerbundsrates am Freitag werden die bekannten Vorschläge zur Offenlegung der Rüstungen, deren endgültige Verabschiedung am Mittwoch veriangt worden ist, erörtert werden. Es ist anzunehmen, daß der englische Antrag unter Stimmenhaltung des deutschen Ratsmitgliedes angenommen wird, und zwar in der Form, daß die an der Abrüstungskonferenz teilnehmenden Staaten ersucht werden, Mittelungen über den Stand ihrer Rüstungen der Abrüstungskonferenz vorzulegen.

Um einen gewissen Druck auszuüben, wird bestimmt werden, daß die eingehenden Mitteilungen nur denjenigen Staaten übermittelt werden, die selbst die erbetenen Aufschlüsse über ihre Rüstungen geben.

Der deutsche Außenminister dürfte bei dieser Gelegenheit nochmal den Standpunkt der deutschen Regierung über die unzulässigen Methoden zur Offenlegung der Rüstungen darlegen.

Sturm im badischen Landtag

Was ein badischer Professor sich leisten darf, ohne an die frische Luft gesetzt zu werden

Der Badische Landtag stand am Donnerstag vormittag wieder einmal, provoziert durch die Nationalsozialisten, im Zeichen kulturpolitischen Zerfalls. Mit unerhörter Leichtfertigkeit hatten die Nationalsozialisten gegen den Professor Först in Sonau bei Rehl Anschuldigungen zusammengetragen, die einer ernsthaften Prüfung nicht standhalten vermochten. Professor Först sollte „landesverräterische Äußerungen“ in einer Naziverammlung getan haben, in der er als Diskussionsredner der maßlosen Verherrlichung der Nazis müßig entseht. Professor Först ist aufrichter Nazist und man darf es ihm hoch anrechnen, daß er den Mut gefunden, dies mit aller Unzweideutigkeit zu bekennen.

Der Abg. Marschall v. Bieberstein hatte die Aufgabe übernommen, die auf schwankenden Füßen stehende Nazipropaganda zu begründen. Man wundert sich, daß von Bieberstein das persönliche Manko nicht empfindet, daß er bei den Nationalsozialisten Anschluss gefunden. Er hat seinem Namen und seiner Herkunft damit keine Ehre angetan. Es war recht armselig und ohne jede Überzeugungskraft, was hier ein politisch entgleiteter Dilettant so stammeln mußte, und es ist verständlich, daß allgemeine Heiterkeit einsetzte, da von Bieberstein am Schluß seines Gutes diesem ein nationales Mäntelchen umzubängen suchte.

Das Zentrum stellte sich schützend vor Professor Först. Sein Redner, Dr. Berlon, war wohl gemahnet, da er mit einem Affenbündel an das Rednerpult trat. Zug um Zug legte er die Unterlagen der nationalsozialistischen Behauptungen und Unterstellungen bloß, bis das ganze Gebäude wie ein Kartenhaus zusammenstürzte. Da war dann nichts mehr zu retten; alles lag in Scherben. Es wurde den Herren auf den Nazisbänken schweiß, da Herr Berlon sich auch die Zeugen vornahm, darunter den Obernazi namens Huber, der in einem Briefe an seinen eigenen Bruder zum Ausdruck brachte, daß es ihm mit seiner Politik lediglich darum zu tun sei, Geld zu verdienen. Der gute Nazihuber glaubt an den Geldsack Sillers und glaubt auch, daß er bei den Nazis am besten auf seine materielle Rechnung kommt. Und einer der Nazisengen ist noch „feiner“; er hat wegen Inbetriebsetzung „böhmischer Zirkel“ einige Wochen Gefängnis abgebußt. In dieser Gesellschaft aber bewertete sich heute Herr Marschall v. Bieberstein.

Am meisten aber von sich reden machte bei dieser Gelegenheit wieder einmal der schlecht erogene Inaenderische Professor Kraft aus Mannheim. Dieser Mann ist krank; er scheint nur noch zusammengesetzt aus Gift und Galle und gleicht schon mehr einem

hysterischen Weibe, wie einem Manne, der eine politische Auffassung vertritt. In unerhörten Zwischenrufen beleidigender Art, die die wahre Bildung des Herrn Professors in besonderer Weise und seine persönliche Stellung für das höhere Lehramt in sehr fragwürdigen Licht erscheinen lassen, gab er seinem infernalischen Haß gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie Ausdruck, so daß der Präsident des Landtages diesen Herrn wiederholt zur Ordnung rufen und schließlich des Sitzungslokales verweisen mußte.

Das Haus befand sich in heller Erregung und Empörung über das grenzen- und maßlos herausfordernde Benehmen dieses Nazipropagandisten. Die Abgeordneten des Zentrums standen zumeist und bewachten den Herrn Professor ausreichend mit Zwischenrufen, was diesen wildgewordenen Spieler veranlaßte, den Abgeordneten ganz allgemein Prügel anzutragen. Soweit sind die höflichsten, gegen Rasttheoretiker schon, daß sie, da ihr Strichmännchen nicht mehr ausreicht, mit physischer Gewaltanwendung drohen. Verständlich, daß Herr Dr. Berlon allergrößte Heiterkeit auslöste, da er feststellte, daß das geistige „Betriebsvermögen“ der Nazis unterhalb des Schurkbartes bedeutend größer sei wie oberhalb desselben. Und dröhnendes Gelächter erfolgte, da Abg. Kraft hochroten Kopfes den Sitzungsstul verlassen mußte und ein Abgeordneter ihm nachrief: „Adieu, Herr Professor!“

Damit hatten die Nazis eine politische Schlacht verloren und man möchte nur wünschen, daß alle nationalsozialistischen Wähler Gelegenheit hätten, solche widerlich-abstoßende Szenen mitsuzerleben. Sie würden sicherlich in ihrer Großzahl an den Kopf greifen und sich fragen, wo sie den politischen Verstand gehabt, da sie bei den Wahlen für solche „Leute“ votierten.

Die Sozialdemokratie hat im alten Staate sicherlich scharfe Kämpfe durchzufechten gehabt und ihre Führer haben manden harten Strauß ausgekämpft. Aber so rümpelhaft, so kindisch und dummschred und so brutal herausfordernd hat sich nicht ein einziger genommen. Sie fochten mit dem Schwert des Geistes, hier aber stehen Leute, die über nichts mehr verfügen, wie über eine geistlose bis zum Erdbeben abgeleitete Phrasenologie, die langsam ihre Zugkraft einbüßen beginnt. Es ist keine angenehme Aufgabe, sich mit solchen „Politikern“ auseinanderzusetzen zu müssen.

Die Hitler „echten Deutschen“ haben den deutschen Parlamentarismus wieder einmal beschmutzt und mit Füßen getreten. Das ist das traurige Fazit der Vorgänge im badischen Landtag. R. G.

Sonnengebräunte Haut



NIVEA - CREME
oder aber
NIVEA - ÖL

Steuerfragen im Landtag

Die Inflationszuwachssteuer - Steuererleichterungswünsche - Hagelversicherung - Bereinigung der Grundbücher - Die Dienstaufsicht über die Landgerichte - Pfarrerehe der Nationalsozialisten - Zusammengebrochene Denunziation - Ein Feigling - Der Streik in Hornberg

Es wurde in den drei bisherigen Sitzungstagen dieser Woche allerdings gute gesetzgeberische Arbeit geleistet. Nur schade, daß auch diese wirklich produktive Arbeit im nun einmal eingerissenen, gemöhnlichen Tempo durchgeführt wurde. So sehr man begrüßen kann, daß der Landtag sich frei macht von dem früher üblichen tagelangen Wägen und Wiefengerede, und sich in seinem Arbeiten dem heutigen Tempo der Zeit anpaßt - wozu allerdings auch eine gründliche Reform des gesamten Geschäftsbetriebs gehören würde, - so sehr muß man doch bedauern, daß auch wichtige politische, staatspolitische und Wirtschaftspragen mit einer nicht angebrachten Eile behandelt werden. Man fragt sich, wenn man sich eine Kistenordnung in die Hand bekommt, wie sie zur Diensttag-Sitzung und zu jeder weiteren Sitzung aufgestellt war, wie es denn möglich sein soll, diesen Stoff in 3 oder 4 Sitzungstagen durchzubringen. Auch mit dem Brauch, immer in den Wochen vor hohen Festtagen Sitzungen abzuhalten, sollte gebrochen werden. Die Einwände, die von verschiedenen Seiten des Hauses gegen diese Methode vorgebracht wurden, sind nicht ganz unberechtigt.

Die Aussprache über das Gesetz betreffend die neue Staatshaushaltsordnung gehört mit zu den interessantesten und hochinteressantesten Debatten, die in den letzten Jahren im Landtag abgehalten wurden. Mit einer musterhaften Ruhe und Sachlichkeit wurden die staats- und finanzpolitischen Probleme behandelt; selbst die geradezu fröhliche Korrektheit des Herrn Dr. Wolfhard vermochte das Niveau nicht herabzubringen. Auch die Redner der Opposition sprachen mit Ernst und nur der Sache dienend zu dieser wichtigen Gesetzesvorlage.

Eine neue Haushaltsordnung hat nun der badische Staat! hätte er nun nur auch das nötige Geld, um der Ordnung den nötigen Gehalt und Inhalt geben zu können! Deutlicher kam auch nie zum Ausdruck, wie eng verbunden Staat und Wirtschaft sind, wie Befreiung der Wirtschaftsinot auch Befreiung der Staatsnot bedeutet, als in der bedeutsamen Rede des Finanzministers zum Gesetz und in den Reden der badischen Volksvertreter.

Bei solch wichtiger praktischer Arbeit langweilen sich die Nationalsozialisten. Das liegt ihnen nicht. Sie verstehen ja auch von solchen Fragen nichts. Praktisch mitarbeiten stehen sie bei den Anhängern im Lande, bei der SA-Kämpfergarde unbeliebt machen. Die Herren glänzen deshalb bei der Besprechung der Gesetzesvorlagen meistens durch Abwesenheit, und wenn einer redet, so war es ein Vorwanddruck ungeschicklich und inhaltslos. Um auch etwas nach außen hin zu tun, mußte ein Klamauk inszeniert werden.

Die übliche förmliche Anfrage über angebliche landesverräterische Äußerungen eines Pfarrers in Mittelbaden bildete den willkommenen Anlaß, um eine der gewöhnlichen Patentkreuz-Sauerer zu inszenieren. Der Pfarrer ist als guter Christ auch Passifist! Deshalb wird er bestraft und verurteilt. Bis in den Landtag geht der Haß dieser Leute. Aber, wie so oft schon, die Herren Kähler und Kraft erlitten eine schwere Niederlage und Bismarck. Je mehr ihre Wüste Hebe und Anklage zusammenbrach, desto nervöser und ungeschickter wurden die Herren. Und Herr Kraft, der sich am wenigsten beherrschen kann, der einem Abgeordneten sogar wieder Prügel androhte, einem anderen Abgeordneten Plänen zurief, wurde schließlich mit Reden aus dem Saal gewiesen. Die Geduld des Saales wurde wieder auf eine harte Probe gestellt. Es ist gar kein Zweifel, daß die Nationalsozialisten die offensivste Absicht hatten, zu provozieren, wieder einen Skandal herbeizurufen, um Agitationsstoff für ihre Heide im Lande zu haben. Der Minister trat der nationalsozialistischen Heide scharf und entschieden entgegen. Der Regierung und dem Landtag sei der Rat gegeben, einmal zu erwägen, ob es nicht ein wirksames Mittel zur Abwehr der hakenkreuzerischen Demagogie und Heide wäre, wenn solche Reden der Minister im ganzen Lande öffentlich angeklagt würden, wie es in Frankreich und anderen Ländern Brauch ist. Die hakenkreuzerische und hakenkreuzerische muß mit allen Mitteln bekämpft werden.

44. Sitzung
h. w. Karlsruhe, 21. Mai 1931.

Mit Heiterkeit wird die Mitteilung des Präsidenten aufgenommen, daß die Nationalsozialisten ihre förmliche Anfrage betr. Verbot des Führerjurisdiktionen haben! Man möchte fast sagen, schädel, denn es hätte zweifellos eine gründliche Abrechnung mit diesem Blatte im Landtag gegeben.

In der Tagesordnung steht zunächst zur Beratung der Gesetzesentwürfe über die:

Grundvermögens- und Zuwachssteuer

Berichterstatter ist **Abg. Gauger**. Nach dem Gesetz sollen die Gemeinden verpflichtet sein, eine Verwaltungsversteuer bei der Veräußerung von Grundstücken zu erheben, wenn der Veräußerer des Grundstücks in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1924 erworben hat. Neben dieser Inflationszuwachssteuer sind die Gemeinden berechtigt, auch die allgemeine Verwaltungsversteuer von Grundstücken einzuführen. Bei Klagen tritt an Stelle des Verwaltungsgerichtlichen Verfahrens das Rechtsbeschwerdeverfahren. Der Ausschuss beantragte unversändliche Annahme des Gesetzes. **Abg. Klausmann** (Komm.) beantragte einen Antrag, dem gegenüber der Haushaltsausschuss beantragt, den Antrag durch die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären. - Das Gesetz wird ohne weitere Aussprache mit allen gegen 7 Stimmen angenommen. Mit Heiterkeit wird festgestellt, daß die nationalsozialistische Fraktion vollständig durch Abwesenheit abganz!! - Es folgt eine förmliche Anfrage der sog. liberalen Arbeitsgemeinschaft betr.

Senkung der Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb

Abg. Dr. Mattes beantragt die Anfrage. Die Interpellanten fragen, weshalb die Regierung nur 40 Prozent der durch eine Verordnung des Reichspräsidenten bestimmten Steuererleichterung durchgeführt habe, und was sie getan, um die vom Landtag gewünschte Verwendung der zur Steuererleichterung bestimmten Mittel zur Ermäßigung der Grundvermögenssteuer zu erreichen. **Ministerpräsident Dr. Baumbach** gibt die Antwort der Regierung. Der Finanzminister sei auf Grund des Landtagsbeschlusses beim Reichsfinanzminister vorstellig geworden. Der Reichsfinanzminister habe jetzt noch keine ausdrückliche Antwort gegeben. Die Steuererleichterung ist größer als von vornherein angenommen werden konnte. Wie wollen die Antrager den durch die Steuererleichterung entfallenden Ausfall ausgleichen? - **Abg. Dr. Mattes** (D. Sp.) befragt sich vor, später auf den Gegenstand zurückzukommen. **Abg. Dr. Föhre** (Zentr.) erklärt, ein positives Ergebnis werde durch eine Steuererleichterung nicht erzielt. - **Minister Dr. Schmidt** äußert sich ebenfalls kurz zur Sache, desgleichen **Abg. Spielmann** (Wirtsch. u. Sp.).

Abg. Rückert (Soz.)

Stellt fest, daß die Herren der Wirtschaftspartei alle Fragen, die hier behandelt werden, auf die Gebäudensteuer und die Grundvermögenssteuer kommen, ist ganz neu, die Nationalsozialisten führen alles auf das demokratische System zurück, bei den Wirtschaftsparteiern ist aber die Gebäudensteuer an allem schuld. Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist eine große Krise des kapitalistischen Systems. Wenn wir die Gebäudensteuer nicht erhöhen hätten, hätten wir die Wohnungsnachfrage nach der Kriegszeit nicht beheben können. Wir brauchen Realsteuer noch auf lange Zeit; aber bei der Gebäudensteuer wird man daran denken, sie allmählich abzubauen. Wir halten den Weg für falsch, Realsteuer mit Gebäudensteuer zu lenken. Die Sozialdemokratie hat im Reichstag beantragt, die Gebäudensteuer um 20 Prozent zu senken. Baden hat mit die geringste Gebäudensteuer im Reich. - **Abg. Schmidt-Bretten** (Wirtsch. u. Sp.), **Beckler** (Komm.) sprechen noch zum Gegenstand, wonach die Sache erledigt ist. - Steuern werden weiterabgebaut!

Über eine Mitteilung des Innenministers betr. die Hagelversicherung erläßt **Abg. Schill** Bericht. Der Ausschuss beantragt, die Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen. Dem Antrag wurde einstimmig stattgegeben. - Ein Gegenentwurf der Regierung betrifft die:

Bereinigung der Grundbücher

Abg. Haas beantragt als Berichterstatter Annahme des Gesetzes. Das Gesetz wird ohne Debatte einstimmig angenommen. **Ueber den Gegenentwurf** betr. die Dienstaufsicht über die Landgerichte erläßt **Abg. Deufel** Bericht. Die Verordnung wird zur Kenntnis genommen.

Nationalsozialisten denunzieren

Die Nationalsozialisten leisten sich in einer förmlichen Anfrage eine Denunziation des Pfarrers Föhr in Honau, dem sie vorwerfen, er habe in einer nationalsozialistischen Versammlung landesverräterische Äußerungen gemacht. Die Herren Vaterlandsretter verlangen, daß dem „Landesverräter“ das Handwerk gelegt werde. Die Anfrage wird von dem **Abg. Marhoff** von Biberich (MS.) begründet.

Minister Dr. Wittmann erwidert, daß Feststellungen gemacht wurden, die in einer eingehenden Zeugniserhebung bestanden und die erlauben, daß keinerlei landesverräterische Äußerungen des Pfarrers festzustellen waren. Den Vorwurf gegen den die Untersuchung leitenden Landrat von Rehl, das Untersuchungsergebnis sei falsch worden, weist der Minister als unrichtig zurück. Die badische Regierung hat gegenüber Nationalsozialisten ein unerhörtes Maß von Geduld gezeigt, (Sehr richtig im ganzen Saal). Die Regierung hat aber die Notwendigkeit empfunden, um endlich durchgreifen zu können. Die Zeit ist vorüber, wo wir bereit waren, alles in Geduld hinzunehmen, was Sie (zu den Nationalsozialisten) an Verteilungen über uns ausstritten. Das soll jetzt sein, wo die Wahrheit ist. Die Polizei ist angewiesen, sofort auszureiben, gleichgültig, um wen es sich handelt, wenn Regierung und Behörden in der Art wie bisher angegriffen werden. (Zustimmung bei der Mehrheit). - **Abg. Kraft** erhält einen Ordnungsruf, weil er dem unterliegenden Beamten den Vorwurf eines freieren Gerichts gemacht hat.

Abg. Perion (Zentr.) hält den Nationalsozialisten ihre eigenen Sünden vor. So stellt er fest, daß ein nationalsozialistischer Redner in Freiburg sich geäußert habe, in der alten Armee seien Schweinehunde gewesen. **Abg. Kraft** (MS.) erhält einen zweiten Ordnungsruf wegen eines weiteren ungebührlichen Zwischenrufs. Es kam während der weiteren Ausführungen des Redners zu heftigen Zusammenstößen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten. Der Redner bemerkte unter großer Heiterkeit auf einen nationalsozialistischen Zwischenruf: Es gibt Zwischenrufe, die zeigen, daß unter dem Schwärzert ein geübtes Betriebsvermögen vorhanden ist, wie über dem Schwärzert. Es ist festzustellen, daß die Angaben des Führer über die Bemerkung des Pfarrers Föhr entweder unmaßgebend oder entstellend wiedergegeben sind. Der nationalsozialistische Kronzeuge ist zweimal vorbestraft wegen Diebstahls!

Den Nationalsozialisten werden die Feststellungen des Zentrumsredners immer unangenehmer; sie ergeben sich daher in dauernden frechen Zwischenrufen und Unterbrechungen des Redners. Man muß werden sie aber auch recht kleinlaut! Der Redner stellt fest, daß bei der Heiterkeit der nationalsozialistischen Partei in Honau eine Stimme erhob, und diese Stimme stammte von einer Frau aus Leiselburg, die man gerne den Nationalsozialisten gönne. - Ein neuer Zwischenruf des **Abg. Kraft** (MS.), der auf der Tribüne nicht zu verhehlen ist, führt zu heftigen Protesten des Zentrums. **Abg. Kraft** ruft dem **Abg. Dr. Föhr** Plänen zu, wofür er den dritten Ordnungsruf erhält. **Beschließend** ist, daß **Abg. Professor Kraft** auf wiederholtes Ersuchen sich weigert, seinen Zwischenruf zu wiederholen. **Abg. Köhler** (MS.) wendet sich gegen die vorläufige Einstellung des Zentrums.

Nach der Rede fragt der Präsident den **Abg. Kraft**, ob es ihm, über dem **Abg. Honold** Prügel angeboten habe. Unter lärmlichen Beifallsrufen bemerkt **Abg. Kraft**, daß er den **Abg. Honold** nicht gemeint habe. **Abg. Kraft** (MS.) wird hierauf von der Sitzung ausgeschlossen.

Abg. Dr. Baumbach (Ztr.) wendet sich scharf gegen die nationalsozialistischen Anarthe. Aus scharfem Redner Verwahrung gegen die Verunglimpfung des heutigen Staates ein, wie es **Abg. Köhler** getan. Es ist keine Schande, wenn ein Redaktor wegen seiner Artikel ins Gefängnis kommt, aber etwas anderes ist es, wenn Leute wegen Sittlichkeitsverbrechen, Unterschlagung, Diebstahl eingesperrt werden, wie sie die nationalsozialistische Partei beherbergt. - **Abg. Dr. Schmidt** (Ztr.) stellt fest, gegenüber einer Behauptung des **Abg. Köhler**, er, Schmidt, sei früher liberal gewesen, daß er noch nie einer anderen Partei angehört habe. Damit ist der Gegenstand erledigt.

Eine förmliche Anfrage betr. **Einfuhr von Weizen über badische Rheinbänne** begründet **Abg. Dr. Waelin**. Die Anfrage verlangt, daß auch den badischen Rheinbännen ein ihrer Bedeutung entsprechendes Einfuhrkontingent zugeteilt wird. - **Minister des Innern Dr. Wittmann** entgegnet, daß die Regierung sofort in Berlin vorstellig geworden sei. Es wurde mitgeteilt, daß eine Schädigung der badischen Häfen nicht der Fall sei. - Gegen 1/2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf nachmittags 5 Uhr festgesetzt.

45. Sitzung.

Die Nachmittagsitzung begann mit der Besprechung der förmlichen Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion betreffend die Vorkommnisse bei dem Streik in Hornberg

Die förmliche Anfrage hat folgenden Wortlaut: In Hornberg im Schwarzwald traten Ende März 1931 infolge ausfalliger Lohnverhandlungen 150 Metallarbeiter der Firma Schiele & Bruchsalter in Streik. Schon am ersten Streiktag war der Fabrikeingang mit einem Gendarmen-Aufgebot größerer Umfangs besetzt. Die Streikenden wurden gebindert, Streikposten zu stellen. Zwölf Tage hindurch waren 10 Gendarmen und 2 Schutzeinheiten durch den Landrat von Wollsch zum Schutz der Arbeitswilligen aufgestellt, obwohl der Gemeinderat von Hornberg von Anfang an die Kosten des Aufgebots abgelehnt hat. Die Streikenden haben keinen Anlaß für ein solches Aufgebot gegeben. Unter dem Druck dieses Aufgebots verfuhr der Landrat mit dem Bürgermeister von Hornberg die Streikenden zu einem Vergleich mit der befreiten Firma willig zu machen. Zu dieser Verhandlung war die zuständige Gewerkschaftsorganisation nicht eingeladen worden. Unter dem Schutz dieses Aufgebots gelang es der Firma, gegen 100 Nationalsozialisten als arbeitswillige Streikbrecher in den Betrieb zu bringen; den Streikenden wurde jede Bewegungsfreiheit

unmöglich gemacht. Der Umstand, daß die Firma die Kosten für das Aufgebot übernommen hat, hätte den Landrat veranlassen müssen, ein so starkes Aufgebot rechtzeitig zu vermindern, statt dessen hat er systematisch den Abbau des Kommandos bis zum Zusammenbruch des Streiks zu verzögern verstanden und hat dadurch eine außerordentlich arbeiterfeindliche Haltung an den Tag gelegt.

Wir fragen an:
1. sind der Regierung diese Vorgänge bekannt,
2. billigt sie die Maßnahmen des Landrats von Wollsch in vollem Umfange?
Die Anfrage wird von

Abg. Heid (Soz.)

begründet. Der Redner schildert eingehend die Vorkommnisse bei dem Streik bei der Firma Schiele & Bruchsalter in Hornberg im Schwarzwald. Fest steht, daß an das Arbeitsamt in Ofenbürg das Ersuchen gerichtet wurde, Streikbrecher zu vermitteln.

Weiter steht fest, daß die Streikbrecher Nationalsozialisten waren. Tatsächlich gegen Arbeitswillige kamen nicht vor. Bei den streikenden Arbeitern befand sich alles in bester Ordnung; der Streik sollte in ordentlichem Wege durchgeführt werden. Für diese Absicht stehen sogar Versicherungen der Gendarmenbeamten vor. Es ist deshalb unverständlich, wie in solchem Umfange Gendarmen eingesetzt werden konnte. Auch das Bürgermeisteramt Hornberg hat sich von Anfang an tendenziös einseitig benommen. Ein Anlaß zu den getroffenen Vorkehrungen war nicht gegeben. Die Arbeitswilligkeit gab diesen Anlaß nicht. Diesen Anlaß gab vielmehr der Beamter des Landratsamts. Das Bürgermeisteramt hat alles gesalbt, was von den Streikbrechern vorgebracht wurde. Die Beschwerden der Streikbrecher waren in Maschinenform herabgestellt, sie enthielten sogar dieselben Druckfehler, und waren offenbar auf dem Büro der Fabrik hergestellert. Man glaubte bei dem Aufgebot von Gendarmen, entweder komme der alte Großherzog oder es herrsche der Belagerungszustand. Wenn Arbeiter streifen, die gewillt sind, den Streik in Ordnung durchzuführen, um einen anständigen Lohn zu bekommen, so ist solch eine Ansammlung von Gendarmen eine Provokation. Auf 100 Streikende kamen 10 Gendarmen. Die Maßnahmen des Landrats stammen aus einer früheren, vergangenen Zeit, sie sind heute veraltet, wo der Staat auch mit sozialem Geist erfüllt werden soll. Die Tätigkeit des Bezirksamts Wollsch lag nicht im Sinne der Reichsverfassung. Man muß annehmen, daß zwischen der Fabrik und den Verfügungen des Bezirksamts eine gewisse Verbindung bestand.

Die Antwort der Regierung gibt **Ministerpräsident Dr. Baumbach**. Die Maßnahmen des Bezirksamts hätten die Streikenden in ihrer Handlungsfreiheit nicht behindert. Auch haben die Gendarmen die Streikenden nicht veranlaßt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Minister erachtet es als seine Pflicht, für die Wahrung der Unparteilichkeit der Polizei auch in Lohnkämpfen einzutreten. Die Kommunisten haben in derselben Frage einen Antrag eingeleitet, der verlangt, daß der Landtag das Einsetzen von Gendarmen bei dem Streik verurteilt, und daß der Landrat von Wollsch sofort seines Amtes entsetzt werden solle. - Der Berichterstatter schildert eingehend die Vorkommnisse bei dem Streik bei der Firma Schiele & Bruchsalter in Hornberg. - Der Antrag wird von **Abg. Klausmann** (Komm.) begründet. Der Redner verurteilt, die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie mit den Nationalsozialisten in einen Topf zu werfen. Ein klägliches und vergebliches Beginnen. - **Abg. Köhler** (MS.) stellt die nämliche Behauptung auf, die förmliche Anfrage der Sozialdemokratie sei nur gestellt worden, weil man der NSDAP. ein ausweichendes wolle! Der Redner verurteilt die Streikbrecher von den Reichshöhen abzukämpfen. Er teilt aber mit, daß sich unter den Streikbrechern drei eingetragene Nationalsozialisten befanden hätten. Die nationalsozialistische Partei sei keine Streikbrecherpartei.

Abg. Marhoff (Soz.)

Es steht fest, daß das Bezirksamts Wollsch am ersten Streiktag 10 Gendarmen vor der Fabrik postierte. Die Streikenden wurden dadurch verhindert, mit Arbeitswilligen zu verhandeln. Die Regierung sei um Aufklärung ersucht, ob tatsächlich die Kosten der Postierung von der befreiten Firma getragen wurden (Zuruf von Zentrumsseite: Das wäre stark!). Der Landrat Lentwein hat die gebotene Neutralität nicht eingehalten, sondern verfehlt. Das Streikpostenstehen ist gesetzlich erlaubt. Die Streikenden haben das Recht, auf Arbeitswillige einzuwirken. Es handelt sich in Hornberg um einen Abwehrkampf. Die Unparteilichkeit ist republikanisch und staatsrechtlich. Das Verhalten zum Staat wird aber durch solch eine einseitige Einstellung staatlicher Stellen untergraben. Die Regierung möge die Vorkommnisse nochmals nachprüfen, und dabei auch die Gegenseite hören. Entgegen der Erklärung der Regierung sei festgestellt, daß die Handlungsfreiheit der Streikenden durch das Gendarmenaufgebot behindert wurde. Dieser Teil der Regierungserklärung kann uns nicht befriedigen; mit dem letzten Teil der Antwort der Regierung sind wir einverstanden. Den Kommunisten ist es um die Vorgänge bei dem Streik nicht zu tun! Ihnen ist Hauptache Bekämpfung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Man betrachte die soeben abgeschlossenen Betriebsrätewahlen. Uns laufen die Arbeiter, die den Sozialismus in sich aufgenommen haben, nicht davon. Was abspilt, ist Kusa f a n d. Die Kommunisten führen sich bei ihren Aktionen nicht auf die organisierte Arbeiterkraft, sondern sie benutzen für ihre Zwecke die Unorganisierten und Unorganisierten. Die Zerfallensarbeit der Kommunisten ist auch schuld, daß die Arbeiterkraft nicht mehr wie früher die Stützkräft hat. Dem ersten Teil des kommunistischen Antrages stimmen wir zu, bei dem zweiten Teil entziehen wir uns der Stimme, da es nicht möglich ist nach dem Beamtentum einen Beamten ohne weiteres seines Amtes zu entheben. (Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Schmidt-Bretten (Wirtsch. u. Bauern.) schildert die Vorkommnisse vom Unternehmerstandpunkt aus. - **Abg. Ewald** (En. Volksp.) zeigt unter Heiterkeit der Arbeitervertreter, daß er von Wirtschaftskämpfen keinen Schimmer einer Ahnung hat. Der Staat und seine Organe hätten ihre Pflicht getan.

Minister Dr. Wittmann erklärt, daß gesehen vom Zeitpunkt des Ausbruchs des Streiks aus nicht zu beanstanden ist, was der Landrat getan. Zugegeben kann werden, daß der Landrat vielleicht zu ängstlich gehandelt habe. Die Vorkommnisse würden aber nochmals nachgeprüft werden. Er, der Minister, sei aber nicht in der Lage, das Verhalten des Landrats zu missbilligen. Von einer Enttarnung der Kosten der Polizei durch die Firma kann keine Rede sein. Es ist die Pflicht, der Wille und der Standpunkt der Regierung in Arbeitskämpfen die Neutralität der Polizei voll zu wahren. - Damit ist die Debatte erschöpft. Der kommunistische Antrag wird in seinem ersten Teil, bei dem Einsetzen der Gendarmen verurteilt, gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und Kommunisten, abgelehnt, der zweite Teil wird ebenfalls bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Ueber die Eingabe des Landesverbandes badischer Kähler- und Küblerinnungen betr. Bekämpfung von Gefangen im Landesgefängnis Freiburg mit Maschinen erläßt **Abg. Hoffmann** Bericht. Der Antrag des Ausschusses geht dahin, die Eingabe durch die Regierungserklärung für erledigt zu erklären. - Den Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Damit war die heutige Arbeit erledigt. Gegen 8 Uhr am Abend wird die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf Freitag, vormittags 9 Uhr, anberaumt.

Gewerkschaftliches

Beendigung des Tarifstreiks in der chemischen Industrie Mitteldeutschlands

Salle, 21. Mai. Der im Tarifstreik der Angestellten für die chemische Industrie Mitteldeutschlands nach ergebnislosem Verlauf der Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium vom Schlichter gefällte Schiedsspruch, der eine Herabsetzung der bisherigen Tarifgehälter um 5 Prozent vorschreibt, ist sowohl von Arbeitgeber als auch von Arbeitnehmerseite angenommen worden. Der Schiedsspruch tritt mit Wirkung vom 1. Mai in Kraft und läuft bis zum 31. Dezember d. J.

Textilproleten

Unter h. a. Mitarbeiter schreibt uns: Fabrikriemen hängen den Abbruch der Arbeit. Fabrikriemen öffnen sich und gleich einem Bienenschwarm strömen aus den Fabrikanlagen der Textilindustrie im Aftal bei Ettlingen und Sulzbach Tausende hungernder Proleten. Und es ist wirklich keine Uebertreibung hier von hungernden Menschen zu reden. Die Lohnabnahme hat auch sie nicht verschont. Am kürzlichen Hungerlohn eines Textilarbeiters fand auch der Schlichter noch eine Handhabe „abzubauen“. Und zudem steht der Textilprolet täglich mit einem Fuß im Betriebe, mit dem andern auf der Straße. Obwohl er weiß, daß hinter den Kulissen des Betriebes ein harter Kampf des Betriebsrates mit der Fabrikdirektion stattfindet, umschaltet ihn trotzdem das Geknecht der Arbeitslosigkeit. Wer inmitten dieser Proletenierlichkeit lebt und mit ihr kämpft, muß sich tatsächlich wundern, wie diese Menschen sich überhaupt mit ihrem Lebensschicksal abfinden können.

So lasse ich mir erzählen, daß vor dem Kriege ein Weber meistens vier Webstühle zu bedienen hatte. Die Technik machte auch in der Textilindustrie keinen Halt und so kam es, daß in der Jetztzeit ein Mann 30 Stk und 10 Stk in automatischen Webstühlen, „Revolver“ zu bedienen hat. Schätz man die Tagesproduktion auf 400 bis 500 Meter, so kann man ermaßen, zu welchem großen Streich die Technik auch in diesem Gewerbe ausholte. Im Vergleich zur Produktion der Maschine und des sie bedienenden Proleten dürfte man auch den Lohn angemessen erachten. Aber weit gefehlt. Lohnt sich einmal die Zahltagsscheine. Ein Familienvater geht am Zahltagabend, wenn alles was so drumm und dran hängt, in Abzug gebracht ist, mit einem Wochenlohn von 20 bis 25 Mark nach Hause. Affordlöhne sind, wenn doch gegriffen, 75 Pf. die Stunde. Vom feinsten Wocco, Hemdenstoff, Kunstseide, Damast bis zum Samt fabriziert der Textilarbeiter für diesen Hungerlohn und, das bei der Bedienung von Maschinen kein Schneltempo annehmbar werden kann, wird der wohl wissen, der mit Maschinen umgehen muß und sollte auch der merken, der den Arbeitsprolet beobachtet.

Weibliche Arbeitskräfte werden noch schlechter entlohnt, man sagte mir von 18 Mark in vierzehn Tagen, in einer Woche also neun deutsche Reichsmark seien keine Ausnahme. Wenn da Fahrad und Koffel weg ist, dann bleibt schließlich bei den meisten nicht einmal mehr Luft und Liebe zum arbeiten, geschweige denn ein Pfennig zur Neuanfertigung alternierendster Kleidungsstücke.

Alltäglich beobachte ich die Eisenwagen aus den umliegenden Ortschaften, mit denen den Arbeitenden „kräftige Mahlzeit“ geföhrt werden sollte. Mein gesunder Menschenverstand verbietet mir, bei diesen Schundlöhnen in der Textilindustrie auch nur einmal den Führer des Wagens nach dem durchschnittlichen Speisesatz zu fragen. Wie aber erst muß es der Zubereiterin der Mahlzeit zu Mut sein, da sie nicht immer das Gleiche kochen kann und doch der Geldbeutel gähnende Leere anzuweisen? Würde man nun einmal bei Lohnanforderungen dem Speisesatz der Textilproleten mit dem eines Unternehmerrundis, der doch der Beauftragte für weiteren Lohnabbau ist, in Vergleich stellen, auch mancher von ihnen müßte sich dabei an die Brust klopfen und fragen: „Wie ist dies möglich?“ Oder sind wir in Deutschland denn wirklich schon so weit, daß man eine Schicht von Menschen bestien sollte, denen Nahrungstische auch nicht ein Deut von Christenlichkeit ist?

Erst jetzt nach dem Inkrafttreten des neuen Lohnsatzes in der Textilindustrie tritt die Auswirkung deutlich in Erscheinung. Empörende Gestalten heben sich als Schattenspiele vorleiser Abwandschreie ab. Gewissensbisse mit radikalen Anwendungen sind Folgeerscheinungen des Verpisens am eigenen Körper. Als Volksgenossen fühlen wir uns solidarisch mit unseren Brüdern und Schwestern in der Textilindustrie, als Gewerkschafter rufen wir dem Reichsarbeitsminister und der gesamten Reichsregierung zu: Bis hierher und nicht weiter. Drohend erhebt sich die Lamine deren Wutsturm bei Nichterkennen des gegebenen Momentes und die Uebel bedeuten würde.

Eine Irreführung

Durch die Tagespresse ging dieser Tage die Mitteilung, daß die Angeklagtenorganisationen der Reichsregierung eine Einmache übermitteln haben, in der gefordert wird: 1. weitere Entlassungen von Reichsangehörigen im laufenden Geschäftsjahr nicht mehr vorzunehmen, 2. die Beibehaltung von Personenanwärtern in Stellen der öffentlichen Verwaltung auf den Stand zurückzuführen, wie er vor der Rotverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni 1930 war, 3. eine erneute Kürzung der Gehälter der Angestellten und Beamten zu vermeiden und, 4. die Beamten zu den Löhnen der Arbeitslosenverhältnisse heranzuziehen.

Dieser wird uns von den freien Angestelltenverbänden (AdA, Bntab und Deutscher Werkmeisterverband) mitgeteilt: Die bürgerlichen Presseorganen sind geeignet, eine Irreführung der Öffentlichkeit hervorzurufen. Die AdA-Verbände sind an der Einmache nicht beteiligt. Die freigeschäftlichen Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände haben bereits vorher Schritte beim Reichsanwalt unternommen, um eine einmütige Abwehrstellung der öffentlichen Bediensteten gegen die zu beabsichtigten wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen. Die Forderung der gegnerlichen Angestelltenverbände auf Einbeziehung der Beamten zu den Löhnen der Arbeitslosenverhältnisse lehnen die AdA-Verbände ab, da sie es als unangebracht empfinden, wenn die Beamten schlechter behandelt würden wie andere Volkskreise, die weit eher in der Lage wären, zu diesen Lasten beizutragen.

Anderen das Brot weggenommen

Angestaltete Handlungsgehilfen sind stellenlos und können keine Stellung wieder finden, dabei gibt es Tausende von Beamten und Ausbelegempfindern, die von ihrem Gehalt zu leben können. Die aber trotzdem den Handlungsgehilfen das Brot fortnehmen. Ein solcher Fall, der die Sache klar bezeugt, wurde jetzt, wie aus der Zeitschrift „Der freie Angestellte“ hervorgeht, vor dem Landesarbeitsgericht Hannover verhandelt.

Bei der Firma Deutsches Familien-Kaufhaus G.m.b.H. in Hannover war ein früherer Eisenbahndirektor als Propagandist beschäftigt und bezog neben seiner Pension von 332 RM monatlich noch 279,40 RM Gehalt. Er verließ diese Stellung, ging zur Firma J. W. S. L. in Hannover, wo er noch mehr verdiente, und klagte dann vor dem Arbeitsgericht Hannover auf Feststellung, daß er nach Gruppe A. II des Tarifvertrages besoldet werden müsse. Er behauptet, als Eisenbahnbeamter habe er kaufmännische Arbeiten verrichtet, außerdem aber auch nebenamtlich, ohne daß seine vorerwähnte Behörde Einwendungen erhoben habe, Grundstücke vermarktet. Nach seiner Pensionierung sei er vier Jahre als Buchhalter tätig gewesen, dabei habe er aber auch noch Grundstücke vermarktet. Seine Forderungen bei der Defata habe er aber erst nach seinem Ausscheiden geltend machen können, weil er unter wirtschaftlichem Druck gestanden habe. Da er

Die badische Waldarbeiterchaft in Not

Es ist bekannt, daß im Lande Baden eine umfangreiche Forstwirtschaft betrieben wird, bei der Tausende Menschen, sei es als Angestellte, Beamte oder Arbeiter beschäftigt werden. Die ausgedehnten, auf gepflegten Wäldern liegenden namentlich in der Nachkriegszeit bis an das Jahr 1928 große Holzmengen, für welche der Waldarbeiter zum Teil sehr zu besaß wurde. Es wurde dabei in den genannten Jahren eine äußerst intensive Forstwirtschaft betrieben. Doch schon im Jahre 1929 machten sich die ersten Anzeichen bemerkbar, daß es mit dem bisher forcierten Holzeinschlag, aber auch mit den verhältnismäßig guten Holzpreisen ein Ende hat. Richtig überdacht, ein natürlicher Vorgang. Die Lager des Handels waren gefüllt, zum Teil sogar überfüllt. Infolge der verhältnismäßig hohen Brennholzpreise wurden Dampf- u. a. Heizungen eingebaut. Dies tat nicht nur etwa der Private, sondern auch der Staat in seinen eigenen Häusern. Der Wohnungsbau nahm, trotzdem sehr viel gebaut wurde, kein Holz mehr auf, man buldigte dem sogenannten Flachbau ohne Dach. Der Holzschlag ist verpönt. Dort, wo noch Holz zur Verwendung kommen muß, hat sich die Auffassung dreifach geändert, es muß dies fremdes Holz sein; auch hier soll gerade der Staat gefündig haben. Mittlerweile kommt noch hinzu, daß wir vom Auslande zu äußerst niedrigen Preisen mit Holz überflutet wurden. Die größten und durchaus solid gemieteten Holzgroßfirmen brachen zusammen. Und noch immer ist man nicht zu merken, wobei die Reize geht, denn auch noch im Jahre 1928 und 1929 haben große Waldarbeiter über den normalen Viehschlag hinaus Holz, als sogenannte außerordentliche Viehe aufbereiten lassen und haben so damit beigetragen, die vorhandene Masse noch mehr zu erhöhen. Der Holzhandel machte sich nun seinerseits die Situation, man könnte schon sagen, die Notlage des Waldarbeiters zu Nutze. Der Handel hielt mit seinen Käufen zurück; wo er kaufen wollte, bot er Preise, die weit unter den bisherigen lagen. Da das aufbereitete Holz im Walde nicht übers Jahr lagern kann, soll es nicht ganz erheblich an Kaufwert verlieren, mußte der Waldarbeiter sein Holz auf den Markt werfen, und man kann schon sagen, zu jedem Preis verkaufen.

So kamen wir in das Jahr 1930. Wie nicht anders zu erwarten war, wurden die in der Waldwirtschaft Beschäftigten in erster Linie die Ledtragne. Wo es nur einigermaßen möglich war, wurden bei der Bereingung der Arbeiten die Leistungen erhöht und die Löhne gedroht. Weiter wurden in den meisten Betrieben umfangreiche Freierlöshilfen eingelegt. Ein Zustand, der der Waldarbeiterchaft in den letzten 10 Jahren unbekannt war. Dies reichte aber immer noch nicht hin. Der Lohnvertrag wurde gekündigt, ein Antrag auf einen isoprozentigen Abbau gestellt, welcher Streik mit einem Lohnabbau von 6 Prozent entbiete. In den Schwarzwaldbetrieben, in die sonst nur wenn die Witterung, Schnee, Kälte, eine Arbeit nicht auslieh, wurde schon im zeitigen Herbst die Arbeit eingestellt und zum Teil erst ab 1. Mai zum Teil sogar erst später wieder aufgenommen. Große Teile der ständigen Waldarbeiterchaft waren 4 bis 6 Wochen arbeitslos. Doch das Maß ist noch nicht voll. Raum in Arbeit, und trotz das es endlich soweit ist, trifft die Waldarbeiterchaft, wie der Blick aus letzterem Winkel, ein Erlaß des Herrn Finanzministers vom 6. Mai, daß ab 11. Mai nur noch 32 Stunden, also 4 Tage in der Woche, gearbeitet werden darf. Die Durchführung dieses Erlasses bedeutet für große Teile der

ständigen Waldarbeiterchaft den glatten Ruin. Die meisten von ihnen sind Staatskolonisten oder Staatswächter. Diesen Leuten, die bisher verpflichtet waren, und es heute noch sind, nur beim Staat Arbeit anzunehmen, die für ihr Gütchen einen nicht unerheblichen damit Verdienstzuzugewinn, ist mit dem Entzug der Arbeit und damit Verdienstmöglichkeit der Existenzfaden glatt geschnitten. Die meisten dieser Leute sind schon infolge der übermäßig langen Arbeitslosigkeit in Schulden gekommen, die nun nicht nur nicht bezahlt werden können, sondern zu welchen noch neue hinzukommen müssen.

Die Organisation der Waldarbeiterchaft hat denn auch sofort und zwar schon am 6. Mai mit der Forstabteilung verhandelt. Sie versuchte zum mindesten die fünf-Tage-Arbeitswoche zu erreichen. Die Forstabteilung erklärt, es sei ihr unmöglich, die Arbeiterchaft in der Holzauerei länger als vier Tage in der Woche zu beschäftigen, denn sie könne zu den großen Holzvorräten unmöglich weitere größere Vorräte hinzufügen, so daß nur die restlichen Wälder noch aufbereitet werden können; alles andere müsse stehen bleiben. Die Organisation verlangte, daß die Arbeiterchaft mit anderen Arbeitern beschäftigt werden soll, und nannte hierbei Wegbau und Unterhaltungsarbeiten, Kultur-Reinigungen, Käuterungen, u. ä. Die Forstabteilung gab zu, daß solche Arbeiten in Menge vorhanden wären, doch hierzu fehle ihr das Geld, der Kredit.

Die Organisation wandte sich hierauf in einer längeren Einmache an den Herrn Finanzminister, indem sie auch ihm die große Notlage in der sich die Waldarbeiterchaft befindet, und in die sie nun noch weiter hineinkommen muß, schilderte. Auch hier wurden Vorschläge zum mindesten gemacht, Arbeit zu beschaffen, und es wurde um eine Aussprache mit dem Herrn Minister selbst gebittet. Die Aussprache mit dem Herrn Minister der Finanzen konnte bisher nicht stattfinden. Die Organisation wird erneut um eine solche Aussprache und hierbei zu den schon gemachten Vorschlägen folgende hinzufügen: 1. Verbot der Affordarbeit, 2. Ausführung aller Arbeiten im Stundenlohn, 3. Sofortige Einstellung der Maschinenarbeit, 4. Beilegung der Frauernarbeit, 5. Einführung der verfürten Arbeitzeit für die Forstlicher und besonders für die Forstamwärter.

Zur Begründung der Vordränge sei angeführt: 1. Es geht doch nicht an in einer Zeit ungeheurer Vertarmung der Arbeitsmöglichkeit, die weinige Arbeit in Afford auszuführen, bei welcher die Arbeitszeit wesentlich überschritten wird, wobei die Forderung 3. Es geht auch nicht an, viele Arbeiter brotlos zu machen, und die Arbeit, welche durch Menschenhände verrichtet werden kann, durch Maschinen ausführen zu lassen. 4. Die Frauernarbeit ist zu Gunsten der Männer einzustellen. Bei den allermeisten in der Forstwirtschaft Beschäftigten Frauen und Mädchen handelt es sich um Personen, die sonst für den Arbeitsmarkt nicht in Frage kommen. 5. Wenn schon wegen Arbeitsmangel verfürst gearbeitet werden muß, so entspricht es einem Akt der Gerechtigkeit, wenn dies unter a) in den Betrieben möglich ist gleichmäßig verteilt wird. — Die Waldarbeiterchaft hofft, daß der Herr Minister der Finanzen für die große Notlage, in der sich die badische Staatswaldarbeiterchaft befindet, volles Verständnis hat und die Möglichkeit findet, den außerordentlichen Notstand durch entsprechende Notmaßnahmen zu lindern.

die im Tarifvertrag verlangten 8 Jahre kaufmännische Tätigkeit geleistet habe, falls seine Tätigkeit unter der Gruppe A. II, und er verlange eine Rangstellung von 1091 RM. Die Befalte nennt die Forderung eine Ueigk, sie sei niemals geltend gemacht. Bei einer Pension von 332 RM monatlich könne nur wirtschaftlichem Druck nicht geredet werden, um so weniger, als das Gehalt eines gelehrten Kaufmanns durchschnittlich nicht einmal die Höhe erreiche, wie das von ihr an den Kläger gezahlte. Seine Arbeit sei auch keine selbständige gewesen, wie der Tarifvertrag es verlange. Aus dem Verhalten des Klägers ergebe sich ein fülligweiger Verzicht.

Vom Arbeitsgericht Hannover wurde die Klage abgewiesen. Sie sei weder in rechtlicher noch tatsächlicher Beziehung gerechtfertigt. Es ist ein Unbina, führte das Gericht aus, daß Staatsbedienstete der Reichsbahn kaufmännische Arbeiten verrichten, auch die Nebenbeschäftigung des Klägers könne nicht als kaufmännische Tätigkeit angesehen werden. Sein Anspruch auf Gruppe A. II ist unbegründet. Der Kläger ist durch seine Pension lebenslanglich vor wirtschaftlicher Not geschützt, von einem wirtschaftlichen Druck kann nicht die Rede sein. Die geltend gemachte Forderung widerspricht den Anschauungen von Treu und Glauben. — Trotz dieser Abwehr beim Arbeitsgericht wurde Berufung beim Landesarbeitsgericht Hannover eingeleitet, die aber zurückgewiesen wurde unter fast der gleichen Begründung wie im Arbeitsgericht.

StD. Paris, 21. Mai. (Eia. Draht.) Der Streik in der nordfranzösischen Textilindustrie nimmt weiter einen ruhigen Verlauf. Nur die Kommunisten verließen durch Umsätze und öffentliche Rundreden der Bewegung einen revolutionären Charakter zu geben, finden aber unter der Arbeiterchaft wenig Anbana. Die Zahl der Streikenden hat sich am Donnerstag auf 115.000 erhöht. Der Arbeitsminister hat dem Wunsch der christlichen Gewerkschaften stattgegeben und wird eine Vermittlungsaktion einleiten. Die Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften sind für Freitag nachmittag zu einer Aussprache ins Arbeitsministerium gebeten worden.

Gemeindepolitik

Um die Voranschläge

Seidelberg. Der Stadtrat hat gestern wiederum den städtischen Voranschlag abgelehnt, so daß nun der Zwangssetz in drohende Nähe gerückt ist.

Freilicht. Der Voranschlag 1931 ist vom Bürgerausschuß genehmigt. Der unbedeckte Teil der 97 441 M betragenden Ausgaben

- Sportpullover . . . 3.95
- Sporthemden . . . 3.80
- Sportstrümpfe . . . 95

L. Weingand Modewaren
Mühlburg, gegenüber der kath. Kirche

Fleisch-Verkauf!
Samstag, den 23. Mai, verkaufe ich hochreines, von morgen 3 Uhr ab, zu Dr. Maack's Mastkuhfleisch das Pfd. zu Qualität 70 Pf.

Schramm, Molkerer, Hardtstr. 10

7-Zimmer-Wohnung
mit Diele, Bad, Küche, 2 Kellern, 2 Manarben, Eigenheizung samt üblichem sonstigem Zubehör im Erdgeschoss des Hauses Rodstraße Nr. 7 auf 1. Juni 1931 zu vermieten. Näheres Kaiserallee 8, Zimmer Nr. 84.

Frach. Emoling, Gehrod-Anzüge bereitet. 267. Franzhof, Gartenstr. 7.

besucht sich auf 9578 M, der in folgender Weise bedekt wird: Grundvermögen 18 Pfa., Betriebsvermögen 64 Pfa., Gemeinvermögen 120 Pfa. — Dazu kommt noch die Kreissteuer. Trotz der Schwere der Zeit konnte die Umlage um 10 Prozent gesenkt werden.

Überfröh. Der Bürgerausschuß hat in seiner getriden Sitzung mit 40 gegen 28 Stimmen den Haushaltsplan 1931 genehmigt. Der durch Umlagen zu bedeckende Betrag ist 136 879 M. An Umlage werden erhoben 88 Pfa. vom Grundvermögen, 34 Pfa. vom Betriebsvermögen, 635 Pfa. vom Gemeinvermögen.

Gewinnauszug
2. Klasse 37. Preußisch-Sächsische Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die jede gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag 10. Mai 1931
An der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

- 2 Gewinne zu 100000 M. 334953
- 4 Gewinne zu 10000 M. 123056 199118
- 2 Gewinne zu 5000 M. 142902
- 10 Gewinne zu 2000 M. 122513 189595 200590 215868 362281
- 10 Gewinne zu 2000 M. 38428 87852 313329 337574 375768
- 22 Gewinne zu 1000 M. 131486 177939 179592 200696 206125 205958 278921 301588 308077 378719 398522
- 42 Gewinne zu 500 M. 6168 16100 20692 27095 40529 68896 105192 154415 164589 165359 198056 279219 280806 283859 293737 304914 330472 339594 352454 367518 379182
- 48 Gewinne zu 500 M. 3632 16501 42184 44400 65847 97355 116577 127542 140941 172137 199739 220355 231836 251398 262624 269390 274269 282545 286986 319709 325122 340385 341369 348063

An der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

- 2 Gewinne zu 5000 M. 349857
- 4 Gewinne zu 3000 M. 288708 317917
- 2 Gewinne zu 2000 M. 118167 162376 238009
- 32 Gewinne zu 1000 M. 18311 63895 65576 69614 122213 162085 168614 220495 234980 257777 280160 285995 341038 357013 363138 378987
- 34 Gewinne zu 800 M. 882 18797 65448 96470 133584 143407 151045 166087 182712 182762 189761 208406 221144 318216 316630 387303 394278
- 62 Gewinne zu 500 M. 19224 20760 54522 65314 71944 80187 90810 97631 103418 113864 113930 142274 159116 171213 171947 177993 186416 197584 198679 205127 216052 229129 254425 262118 278991 282969 288595 331387 352114 354707 392923

Total-Ausverkauf
Schuh-Landauer
Fortsetzung jetzt Kaiserstraße 103, 1 Trepp hoch meist für die Natur der früheren Ladenpreise zur Zeit noch auf sonderbraun u. schwarz Damen- und Herren Schuhe
nein. B.-Spannen, nur beste Fabrikate
Abendschule
Brokat und Crepe dt. China, diese meist Pinet Paris
Posten Damen-Sp. Schnür-Schuhe, Stiel, schwarz, Gr. 36-37, 4 Mk. 3.50

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)
Geschäftsstelle (nur briefl.) Kaiserstr. 32, 8b. V. Sprechstunden jeden Montag, Freitag im „Kaffee Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“, Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee Jeweils v. 6-7 Uhr

Freistaat Baden

Der Verfassungstag bleibt Feiertag in Baden

Aus dem Rechtspreklausur des Landtags schreibt man: Mit den Stimmen des Zentrums, der Demokratie und der Sozialdemokratie wurde am Donnerstag nachmittag einstimmig beschlossen, daß auch im Jahre 1931 der 11. August, der Verfassungstag des deutschen Volkes, in Baden ein gesetzlicher Feiertag bleibt.

Die deutschnationale Gruppe sah mit Heiner, Brücker und Frau Richter wollte es anders haben. Sie hatte den Antrag gestellt, die für Baden getroffenen gesetzlichen Bestimmungen über die Einholung der Sonntagsruhe vom Verfassungstag wieder aufzuheben, solange der Verfassungstag nicht im ganzen Deutschen Reich als gesetzlicher Feiertag begonnen wird.

Der Berichterstatter war Gen. Markloff. Er verwies auf die Mitteilung der badischen Regierung, daß ein dem Reichstag seit 1928 vorliegender Antrag, die Frage des 11. August als Feiertag, noch nicht verabschiedet sei. Zur Zeit werde der Verfassungstag nur in Baden und Hessen als Feiertag begangen. Auf die Dauer könnten sich die beiden Länder von der allgemeinen Regelung des Reiches nicht ausschließen. Aber gegenwärtig liege für Baden keine Veranlassung vor, die Bestimmungen über die Einholung der Sonntagsruhe am 11. August zu ändern.

Auf diesen Standpunkt stellte sich auch Gen. Markloff. Er stellte den Antrag an den Ausschuß, durch diese Erklärung der Regierung den Sachmittlerischen Antrag für erledigt zu erklären. Dagegen machte Front ein Wirtschaftsparteiler, der die Gegnerschaft der Landwirte besonders ins Treffen führte. Er vertiefte sich sogar zu der Anfrage an die Regierung, ob das Drehen mit der Maschine am 11. August erlaubt sei? Der Staatspräsident gab die entsprechende abschließende Antwort. Die Volksparteiler hatten Bedenken gegen die Natur, wenn in Nachbarländern die Feiertage am 11. August offen gehalten werden dürften, in Baden aber nicht.

Die Sozialdemokratie zerstreute diese Bedenken und hob vor allem die Bedeutung des Verfassungstages hervor. Sie wies auf die Nationalfeiertage von Amerika, Frankreich und Spanien hin und bedauerte, daß im Reichsparlament die Frage noch nicht geklärt sei. Die Arbeiterpartei lasse sich diesen Feiertag nicht nehmen.

Zentrum und Demokratie hatten dafür Verständnis, und ergab die Abstimmung die Annahme des Antrages. Der Staatspräsident stimmte die Wirtschaftspartei, die Nationalsozialisten und ein Volksparteiler, während der andere Volksparteiler sich der Stimme enthielt. Der 11. August bleibt also Feiertag in Baden.

Die Akte auf den 11. August war also abgeschlossen; endlich wird der Kampf um ihn im Plenum des Landtags entschieden.

Das Disziplinarverfahren gegen Pfarrer Eckert

Karlsruhe, 21. Mai. Die Verhandlung gegen Pfarrer Eckert ist am 12. Juni angesetzt.

Keine Aufhebung der Immunität Wagners

Der Geschäftsausschuss des badischen Landtages hat den Antrag auf Aufhebung der Immunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Robert Wagner mit allen Stimmen gegen die des Zentrums abgelehnt.

Aus dem Ausschuss für Gesuche und Beschwerden

Der Ausschuss für Gesuche und Beschwerden des badischen Landtages hielt eine Sitzung ab, in der er sich mit elf Gesuchen beschäftigte, von denen sich sieben um Gewährung von Rechtsmitteln, eines um Wiederherstellung des entzogenen Fabrikbetriebes, eines um Wiederherstellung im Staatsdienst, eines um Unterstützung und eines um Arbeitsbeschaffung handelten.

Ein Gesuch wurde wegen der Form und des beleidigenden Inhalts zurückgewiesen, ein Gesuch durch die Maßnahmen der Regierung erledigt erklärt und ein Gesuch der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Über die übrigen Gesuche wurde Übergang zur Tagesordnung beschlossen.

Kirchliche Engherzigkeit

Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Die vor kurzem neu gewählte Evangelische Landeskirchenversammlung in Württemberg ist zu einer Tagung zusammengetreten. Bei den Baden haben die Religiösen Sozialisten es wohl auf etwa 1000 Stimmen gebracht, aber kein Mandat erhalten, da die Wahl nicht nach dem Verhältniswahl, sondern nach dem einfachen Stimmenwahlrecht stattfand, bei dem zur Erlangung eines Mandats die absolute Mehrheit erzielt werden muß. Nun hat aber die Landeskirchenversammlung nach ihrer Verfassung das Recht der Wahl von 6 Abgeordneten nach freiem Ermessen. Aus der Mitte der Landeskirchenversammlung wurde beantragt, wenigstens einen Vertreter der Religiösen Sozialisten auf diesem Wege zur Mitarbeit an der Landeskirchenversammlung heranzuziehen. Es wurde sehr viel darüber hin- und hergedebattet. Die Mehrheit machte in einer ihrer abgeordneten Erklärung wohl schöne Redensarten darüber, wie sie der Arbeiterschaft die Kirche zur Heimat machen und für ihre sozialen Anliegen eintreten wolle, in der schriftlichen Abstimmung wurde der Antrag jedoch mit 35 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Die Arbeiterschaft kann daraus erkennen, daß sie auf Entkommen nicht zu rechnen hat, sondern auf ihre eigene Kraft angewiesen ist, wenn sie Einfluß gewinnen will.

Der neueste Reaktionstrick

Ausländischer Hehapostel als Speck zur Jagd auf Dumme

Man muß es der deutschen Reaktion lassen, daß sie es versteht, ihre Bemühungen, das deutsche Volk immer mehr in eine Atmosphäre geistigster Verbunkelung zu bringen und dem deutschen Volk jeglichen Blick zu rauben, in ein geschicktes System zu kleiden. Die allerprimitivste Garnitur von Menschen wird durch Berührungswalzen und Flugblatthege besoffen gemacht und so in einer Weise verblüfft, daß sie grün nicht mehr von gelb unterscheiden kann. Die nächste Schicht wird durch Sensationshege und Broschürenmaterial mit pseudowissenschaftlichen „Kasselerforschungsresultaten“ und ähnlich hoch klingenden Brauerzeugnissen aus der Keiorte verschrobener, neudeutscher Kasselerforscher in eine „Leuten“-Stimmung hineingebracht, daß sie auf der Welt der Wirklichkeit in keiner Weise mehr Bescheid weiß. Für die Garnitur der sogenannten Prominenten und sich prominent dünkenden Deutschlands, soweit die Reaktion glaubt sie vielleicht durch eine geschickte Bearbeitung vor ihren Karren spannen zu können, hat man jetzt einen neuen Trick gefunden, von dem man angesichts einer in gewissen Kreisen Deutschlands herrschenden Mentalität sich anscheinend Erfolge verspricht.

Bei einem Münchener Verlag, der schon bessere Tage sah, hat man nämlich ein großformatig aufgemachtes Buch „Nicht warten — wirken!“ herausgebracht, in dem „Amerikas Glaube an Deutschland“ gläubigen Lesern in der Weise fragenförmig vorgepiegelt werden soll, daß ein gewisser R. Philipps Morgan-Neuport, seine „positiven Vorzüge“ einige hundert Seiten lang leschweifungstrüben vorträgt. Bei den dürftigen wirtschaftlichen Kenntnissen jener Kreise, die den nationalitätlich-reaktionären Parteien nachlaufen, wird zweifellos der Name Morgan aus Neuport dazu beitragen, den Verfasser mit dem großen Finanzmann der Wallstreet in Neuport zu verwechseln und so die Bedeutung des Buches für diese Kreise zu erhöhen. In Wirklichkeit hat jedoch der Verfasser dieses Machwerks, das mit Recht erklärt, das Buch macht nicht die geringsten literarischen Ansprüche, mit Morgan so wenig zu tun, als etwa die nationalsozialistischen Hehapostel mit Bismarck oder Hermann dem Cherusker. Die Namensgleichheit wird jedoch, wenn auch der Verlag eingangs feststellt, daß dieser Herr R. Philipps Morgan aus Neuport nichts mit John Pierpont Morgan, dem bekannten Finanzmann zu tun hat, Verwechslungsmöglichkeiten zu schaffen kommen und so guter Speck zur Jagd auf Dumme sein, der dazu noch in ein schwer definierbares Ragout getaucht ist.

Das Buch selbst ist ein dummer leichtes Geschwätz über Politik und Wirtschaft, das die Vereinigten Staaten von Amerika schnell einen Mann zum Teufel jagen würden, der sich erlauben würde, unter Väterung der bestehenden Staatsordnung dem amerikanischen Volke solche politisch-wirtschaftliche „Heilswahrheiten“ zu künden. Da es sich jedoch um eine Hege gegen die deutsche Republik und um Propagierung gefährlicher Umsturzgedanken gegen den bestehenden deutschen Staat handelt, ist das Werk dieses Ausländers den sonst so ausländerfeindlichen nationalsozialistischen Kreisen Deutschlands gut genug, um in Masse in Deutschland verbreitet zu werden. Ziel des Buches ist es, die Hoffnung des deutschen Volkes auf eine Katastrophe zu richten; denn, wie es darin heißt: „Es müßten die Ereignisse ihren Lauf nehmen,

bis eine radikale Veränderung unumgänglich notwendig wird, die eine Umwälzung der ganzen wirtschaftlichen und politischen Struktur zur Folge hat; bis dahin kann Deutschland nur fortfahren, weiter bergabwärts zu gleiten, bis der kommende Krach eine Genesung ermöglicht.“

Als die richtige Partei in dieser Situation wird — der Hehapostel läßt die Kasse schnell aus dem Saß — „eine starke monarchistisch-nationale Partei“ bezeichnet. Die einzige Möglichkeit, auf den richtigen Weg zu kommen, so erklärt der neue Prediger, sei: „eine nationale Diktatur, die sich rasch zu einer Volksmonarchie entwickeln würde“. Um für diese Ideen den nötigen Vorkurs zu finden, wird das Deutschland der Gegenwart zwischen einzelnen nichtstehenden Befehlshauern so schlecht als nur möglich gemacht. So wird behauptet, daß der Deutsche von heute kein nationales Ideal besitzt, keinen erhebenden nationalen Gedanken, keine Begeisterung in seinem Schaffen, kein hohes Ziel für seine Arbeit und sein Streben, daß die deutsche Republik weder die Macht, noch den nötigen Mut besitzen wird, die drastischen Veränderungen vorzunehmen, die unumgänglich notwendig sind, um das Land wieder auf die Beine zu bringen.

Es gehört wahrlich eine gehörige Dosis Frechheit und Unverschämtheit dazu, als Ausländer in Deutschland auf diese Weise zu hegen und es bedarf schon der hartnäckigen Unverschämtheit der deutschen Reaktion, um in Deutschland „Ratschläge“ verbreiten zu lassen, welche die „Vorzüge einer niedrigen Valuta“ mit den „angenehmen Begleitumständen“ einer neuen Inflation, wenn auch mit etwas kritischen Bemerkungen, erörtern. Besonders Interesse an dem Machwerk, das den Helden Mussolini in allen Tonarten feiert, und in geschickter Tarnung sich bemüht, politisch wenig informierte Kreise von indifferenten Staatsbürgern bis zu den Bewunderern Sowjetrußlands durch allerhand Schlechwege zu fesseln, ist jedoch die Art, wie es sich um seine Verbreitung bemüht: „Prominente“ erhalten es als Freiemplar und bei Massenablauf wird es dann im Verkauf mit hohen Rabatten abgegeben. Dazu wird dem Buch ein Preisauschreiben verbunden, wobei als Preisrichter neben der reaktionären Berliner Börzenzeitung der deutschnationalen Deutschen Handelsmacht und anderen Blättern, der Völkische Beobachter zu Gericht sitzt und die rote Fahne (vermutlich weil ihr das Spiel mit der Katastrophopolitik so sehr zusagt) es sich nicht verlagern konnte, dabei mitzuwirken.

Man sieht daran, es handelt sich um einen großangelegten neuen Trick der deutschen Reaktion mit Hilfe eines ausländischen Hehapostels als Speck zur Jagd auf Dumme zu machen. Was würden die nationalen Kreise wohl sagen, wenn in umgekehrter Richtung ein Ausländer für die Zwecke der deutschen Linken gebraucht oder in diesem Falle richtiger mißbraucht würde. Angesichts dieses Vorganges muß man doch fragen, schämen sich die anständigen Kreise der Rechtsparteien, und wir nehmen an, daß es unter diesen solche gibt, nicht, das deutsche Volk in dieser Weise dummen zu machen und für gefährliche politische Abenteuer zu mißbrauchen? Die deutsche Arbeiterschaft jedenfalls weiß, was von solchen Machwerken zu halten ist und sie wird, geküßt auf ihre klassenmäßige Anschauung auch diesem neuesten Reaktionstrick einen festen Damm entgegensetzen.

Aus aller Welt

Schweres Gasunglück

Berlin, 22. Mai. (Sunddienst.) Ein schweres Arbeitsunfall ereignete sich auf der Savelinsel Schwanenwerder bei Berlin. Die auf der Insel befindliche Gasverteilungsanlage, die in einem etwa 2 Meter tiefen Schacht untergebracht ist, war unachtsam geworden und mußte repariert werden. Als am Donnerstag nachmittags Besannen zufällig an dem Verteilungsschacht vorbeigingen und hineinsahen, entdeckten sie drei Arbeiter zerschlagen auf dem Boden. Die Feuerwehre wurde alarmiert. Wiederbelebungsversuche waren jedoch nur bei zwei der Arbeiter von Erfolg. Der dritte Arbeiter war bereits tot. Die Ursache des Unglücks ist auf ein Gasrohr zurückzuführen.

Gnadengesuch Kürtens

Wie die Justizpressestelle Düsseldorf mitteilt, hat Kürten entgegen seiner ursprünglichen Absicht ein Gnadengesuch aufgesetzt, das er den zuständigen Instanzen einreichen will.

Kuhlofer Einbruch

Aus Berlin wird uns geschrieben: Immer häufiger werden Einbruchdiebstähle bei Arbeitsämtern gemeldet. Erst dieser Tage wurde wieder ein Einbruch — dieses Mal bei der Arbeitslosenversicherungsabteilung des Arbeitsamtes Berlin-Süd — verübt. Die Bemühungen der Einbrecher, sich die Gelder der Arbeitslosen in den Kassenbüchern der Arbeitsämter anzueignen, werden stets erfolglos bleiben, da die Arbeitsämter während der Nacht niemals Geld oder andere Wertgegenstände in ihren Geldbüchern aufbewahren dürfen.

7000 Abtreibungen!

Vor dem Landgericht Cleve begann ein Prozeß gegen den 36-jährigen Heilkundigen Friedrich Schareina aus Mülheim an der Ruhr. Schareina steht unter der Anklage der fortgesetzten Abtreibung. Als Janatiker seiner Idee nahm Schareina auch in zahlreichen öffentlichen Versammlungen gegen den Paragrafen 218 Stellung. Ueberzeugungsmäßigkeit steht somit außer Frage. Zu Beginn der Gerichtsverhandlung wiederholte der Angeklagte auch seine in der Defensivrede gemachte Selbstbeschuldigung, in etwa 7000 Fällen Abtreibungen vorgenommen zu haben, wobei er aber niemals mehr als die tatsächlichen Umstände verlangte und erhalten haben will. Da Schareina die Namen der von ihm behandelten Frauen nicht

nennt, stehen nur vier Fälle zur Verhandlung, in denen die Polizei die zur Strafverfolgung notwendigen Beweise feststellte. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

Dr. Wolf und Kienle in Rußland

Stuttgart, 21. Mai. (Eig. Meldung.) Dr. Friedr. Wolf und Frau Dr. Jakobowich-Kienle haben mit Zustimmung des Stuttgarter Untersuchungsrichters die Ausreisefreibe nach Rußland erhalten. Dr. Wolf befindet sich bereits in Moskau, wo er an einem Film mitarbeitet. Frau Dr. Jakobowich-Kienle wird sich demnächst dorthin begeben. Beide haben sich jedoch verpflichtet, gerichtlichen Ladungen, die in ihrer Prozeßsache an sie ergehen, sofort Folge zu leisten.

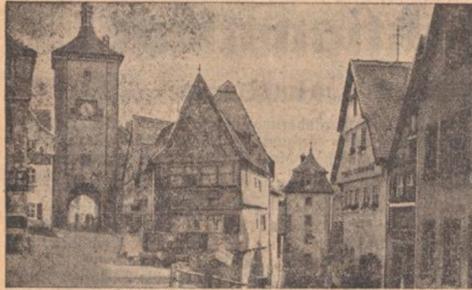
Deutsche Arbeiterkinder in Frankreich

Paris, 21. Mai. Gestern abend sind 200 Kinder arbeitsloser deutscher Arbeiter aus Hamburg, Berlin und Leipzig in Paris einetroffen, die als Gäste des vom französischen Allgemeinen Arbeiterverband (CGT) gearänderten Aktionskomitees für die Frieden auf einen Monat in dem Ferienheim auf der Insel Oleron untergebracht werden. In der kommenden Woche wird eine andere Gruppe von Kindern aus Nürnberg ebenfalls in das Ferienheim reisen. Hierzu meldet unser Sunddienst weiter: 200 Kinder von Berliner, Hamburger und Leipziger Arbeitslosen trafen am Donnerstag abend unter Führung einiger Lehrer und Lehrerinnen in Paris ein. Sie verbringen auf Einladung des vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund gearänderten Aktionskomitees für den Frieden kostenlos einen Monat in einem Ferienheim auf der Insel Oleron. Die Kinder wurden auf dem Nordbahnhof von Vertretern der französischen Gewerkschaften und zahlreichen französischen Arbeiterkindern begrüßt. Anwesend war auch ein Vertreter der deutschen Volkshaus. Nach der Bewirtung der Kinder in einem Festsaal des Gewerkschaftsbundes, wo ihnen an weihnachtlichen und mit roten Nelken geschmückten Tischen ein vorzügliches, warmes Abendessen gereicht wurde, traten die Kinder kurz vor 10 Uhr die Weiterreise nach Oleron an, wo sie heute früh eintreffen werden.

Als Brottaufstrich: **Lanella** MARGARINE $\frac{1}{2}$ tb 35 DIE FEINE PREISWERT WIE KEINE

SN 26-123

BILDER VOM TAGE



Rothenburg o. d. Tauber feiert zu Pfingsten die 300. Jahrestag des Meistertums.
Oben: Straße in Rothenburg mit dem Rädertor. Unten: Der Rat von Rothenburg in der alten Amstracht.



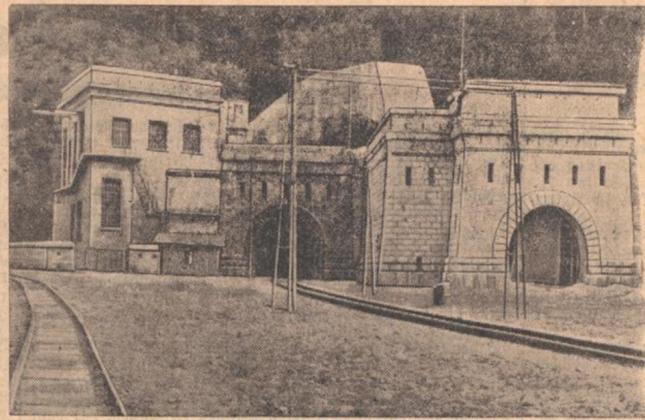
Oesterreich prägt Mozart-Münzen.
Vorderseite des neuen Mozart-Doppelschillingstücks, das die österreichische Staatsmünze zum Mozartjahr 1931 prägen ließ.



Die neue Fassade der Bank von England fertiggestellt.



Hagia Sophia wird Funkstation. Die berühmte Moschee Hagia Sophia in Konstantinopel soll jetzt eine Funkstation- und Empfangsanlage erhalten.



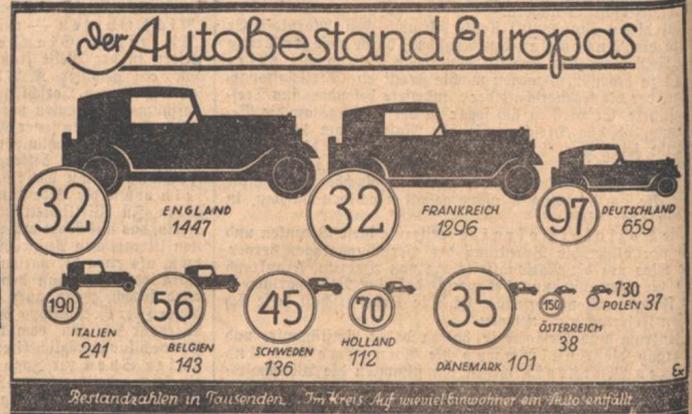
25 Jahre Simplontunnel. Der Nordeingang des Tunnels. Am 1. Juni 1906 wurde der fast 20 km lange Simplontunnel für den Eisenbahnverkehr geöffnet.



Miss G. A. Dunn bricht 1000 Meter Weltrekord.



Zum 125. Geburtstag des englischen Philosophen John Stuart Mill. Seine Philosophie gründet sich auf die bloße Erfahrung und Induktion, seine Wirtschaftstheorie stellt die Bollendung des liberalen Systems der klassischen Schule dar.



Vor 300 Jahren wurde Magdeburg zerstört. Nach einem Stich aus dem 17. Jahrhundert. Oben: Der berühmte Philister Otto von Guericke, Bürgermeister und Ratsbaumeister von Magdeburg, unter dessen Leitung die zerstörte Stadt wieder aufgebaut wurde. Unten: Generalfeldmarschall von Falk, der Führer der vereinigten sächsischen und kaiserlichen Deere, die Magdeburg einnahmen.



Präsident Ortiz Rubio von Mexiko läßt seinen Fingerabdruck nehmen. Ein neues Gesetz in Mexiko verlangt, daß von allen Staatsbeamten und Angestellten die genauen Personalien aufgenommen werden, die auch den Fingerabdruck erhalten müssen.

Der Jahresbericht des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten

für das Geschäftsjahr 1930, der soeben erschienen ist, zeigt, daß sich dieser Verband trotz der Ungunst der Verhältnisse im Jahre 1930 außerordentlich gut geschlagen hat. Die Mitgliederzahl weist einen geringen Rückgang auf, nämlich von 31.492 auf 30.290. Die Ursache dieses Rückganges liegt in der riesigen Arbeitslosigkeit im Gastwirtsgerberbe im Jahre 1930. Unter Berücksichtigung derselben fällt dieser geringe Rückgang nicht ins Gewicht. Die Einnahmen des Verbandes haben sich weiter um 57.567 RM., nämlich auf 1.427.081 RM. gesteigert. Selbstverständlich sind auch die Anforderungen an den Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten, in erster Linie die Inanspruchnahme der Unterstützungen, riesig gestiegen. Die Unterstützungsleistungen an Arbeitslosen, Kranken, Streit-, Gemahregelten und Notfall-Unterstützung, Aussteuerbeihilfe, Sterbegeld und Rechtschutz betragen 308.044 RM., nämlich 52.207 RM. mehr als im Jahre 1929. Infolge der Beiträge für die Alters- und Invalidenunterstützung ist das Vermögen des Verbandes in der Hauptkasse um 128.619 RM. auf 450.975 RM. gestiegen. Der Verband unterhält noch eine besonders Sterbeunterstützungskasse „Zentral-Horaca“, die im Todesfälle 750 bis 2000 RM. an die Hinterbliebenen zur Auszahlung bringt. Diese Sonderunterstützung hat an Sterbegeldern 232.500 RM. im Jahre 1930 zur Auszahlung gebracht. Das Vermögen dieser Kasse beträgt 182.619 RM.

Aus dem Jahresbericht geht weiter hervor, daß die Arbeitslosenziffer im Gastwirtsgerberbe am 31. Dezember 1930 auf 65.966 gestiegen war. Infolge der Angriffe der Arbeitgeber auf die bestehenden Tarifverträge müßten 60 Bewegungen, an denen insgesamt 120.000 Arbeitnehmer beteiligt waren, geführt werden. An Lohnerböhrungen konnten im Jahre 1930 für 20.243 Arbeitnehmer 36.853 RM. pro Woche erzielt werden. Ein Lohnabbau konnte für 22.956 Arbeitnehmer abgewehrt werden. Bis Schluß des Jahres ist für 11.686 Arbeitnehmer ein Lohnabbau eingetreten. Am Schluß des Jahres bestanden im Gastwirtsgerberbe 134 Tarifverträge für 34.069 Betriebe mit 155.949 Beschäftigten, wovon 94.732 weibliche Arbeitnehmer waren. Die Organisation hat besonderen Wert auf die Vertretung ihrer Mitglieder vor den Gerichten. Durch diese Vertretung konnten von den Arbeitgebern in 6126 Streitfällen, die 10.462 Verhandlungen notwendig machten, 520.838 RM. für die Verbandsmitglieder einbetrieben werden. Daneben wurden noch eine ganze Reihe anderer Verbesserungen, und zwar in 1377 Fällen, erzielt. Die endliche Beseitigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung wird von der Arbeitnehmerschaft im Gastwirtsgerberbe als eine Wohltat und Erlösung empfunden. Die gewerkschaftlichen Stellenvermittlung hat einen würdigeren Nachfolger in den öffentlichen Arbeitsvermittlungen, den Sachabteilungen für das Gastwirts-

gerberbe gefunden, die allen Ansprüchen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bei der Arbeitsvermittlung genügen.

Kleine bad. Chronik

Welschnenent. Am heutigen Tage wird die älteste Frau unserer Gemeinde, Katharina Gretzer Wwe. geb. Herb, 92 Jahre alt. Sie ist heute noch sehr rüstig und nimmt es mit einer Jungen im Felde noch auf. Auch kann sie heute noch von Afrika erzählen, wovon sie, 12jährig, mit ihren Eltern ausgewandert ist. Wir wünschen der greisen Jubilarin noch einen segneten Lebensabend.

Forst (Amt Bruchsal). Das über Forst stehende Gewitter hat hier beinahe großen Schaden angerichtet. Gegen 8 Uhr morgens schlug der Blitz in das im Schulhof stehende Transformatorhaus des Badenwerkes. Delle Flammen schlugen aus dem Haus. Der angerichtete Schaden ist nicht groß. Eine Betriebsstörung in der Elektrizitätsversorgung trat nicht ein.

Defringen. Das 61jährige Söhnchen des Landwirts Thomas Baumann geriet beim Mähen in die Sense. Das Kind wurde mit schweren Verletzungen am Bein in die Heidelberger Klinik verbracht.

Worheim. In der Nacht zum Donnerstag wurde am Kaufhaus Sommer in Worheim eine Fensterscheibe eingeschlagen und zum Nachteil des Männergesangsvereins „Eintracht“ zwei dort zur Schau gestellte Sänerketten im Gesamtwert von etwa 2000 Mark entwendet. Die Polizei fahndet nach den Dieben.

Waldkirch. In der Nähe von Waldkirch fanden zwei Freiburger Automobilisten mitten auf der Straße eine Tasche liegen, die neben verschiedenen Papieren einen amerikanischen Reisepaß, auch 2400 Dollar und 110 RM. enthielt. Die Amerikanerin wurde in Postfach angetroffen, wo sie den erlöschenden Forderungen des Trübsand von 10 Mark gab! Der Finder, der sich über diese Knickigkeit der Amerikanerin beschwerte, hätte besser getan, den Fund der Polizei zu übergeben und seinen Anspruch auf den gefälligen Finderlohn, der etwa 120 RM. betragen hätte, geltend zu machen.

Warrana. Der Elektromonteur Kurt Müller, geb. 5. Januar 1900, zuletzt in Mannheim wohnhaft, abgereist in der Schwarzwaldbahn, ist wegen Unterschlagung aus dem Reichsbanner Mannheim ausgeschlossen worden. Es ist zu erwarten, daß er mit dem Mitgliedsbuch des Reichsbanners Nr. 531.552, das sich noch in seinem Besitz befindet, verfahren wird, als Reichsbannermitglied aufzutreten und sich als Spitzel zu betätigen. Der Gauvorsitz Baden warnt vor dem Genannten.

Zum Bürgerlichkeitsbericht der Badischen Landwirtschaftsbank fährt man, daß dieser Bericht deshalb beschlossen wurde, um dem mit dem vom badischen Landtag eingeleiteten Untersuchungsbericht zur Prüfung der Geschäftsführung der früheren Bauernbank — um diese, nicht um die jetzige Landwirtschaftsbank handelt es sich — den Boden zu entziehen.

Bezirksstagung des Arbeiterradiobundes, Bezirk Baden

Donnerstag, 10. Mai, fand im Lokal Lutz, Mannheim, die diesjährige Bezirksstagung statt. Gen. Magr. Mannheim, eröffnete die Tagung und begrüßte die Delegierten. Er gab darauf einen Bericht über das vergangene Jahr. Es konnte die Feststellung gemacht werden, daß der Arbeiterradiobund im letzten Jahr einen Aufschwung erfahren hat. Aus einer Passivorganisation wurde der Arbeiterradiobund zu einer anerkannten Kulturorganisation. Gen. Zähringer berichtete über die Tätigkeit des ersten Halbjahres 1930, unter seiner Leitung stand, bis er am 10. Januar 1931 wegen Ueberlastung zurücktrat. Gen. Maier übernahm die Leitung und arbeitete mit derselben Kraft weiter, wie Gen. Zähringer. Am 1. April wurde ein Arbeiterfunkausflug ins Leben gerufen, dem die SPD, die freien Gewerkschaften, Sport- und Sängerkartell angehören. Gen. J. Wirth, Mannheim, wurde als Kulturleiter bestimmt, als Ersgmann Direktor Prof. Wilhelm, Karlsruhe.

Die Bezirksleitung wurde einstimmig wiedergewählt. Die Geschäftsstelle ist in Mannheim K. 2, 3, und sind alle Mitglieder gebittet zu werden. Die Anträge fanden einstimmige Annahme. Es wurde u. a. eine engere Zusammenarbeit aller Ortsgruppen verlangt. Einem Antrag Karlsruhe zufolge wird zur Sonderberichterstattung jedem Jugendlichen eine Fabrikermäßigung von einer Woche gewährt. Zu Beginn der Nachmittagsstunde, die ausschließlich Programmfragen gewidmet war, erschien als Vertreter der Südfunk AG, Dr. Dr. Holzbauer, Leiter der Beiratsstelle Mannheim. Die Vertreter der Ortsgruppen brachten die Wünsche des Arbeiterradiobundes zum Ausdruck. Stark bemängelt wurde die technische Ausrüstung des Senders Mühlacker. Es ist bekannt, daß der Südfunk sehr gerne religiöse Veranstaltungen überträgt, aber von Arbeiterveranstaltungen sehr selten Notiz nimmt. Das Zweigepäck zum Württemberg und Feder, die Winterportolympiade der Arbeiterjugend, die Feierstunde des Sozialistischen Kulturbundes am 1. Mai 1931 wurden nicht übertrugen, obwohl Frankfurt dies alles übertrug, so daß nur technischen Schwierigkeiten keine Rede sein kann. Es fehlt lediglich der gute Wille der Südfunk AG. Erziehungsausschuss, Eiterstunde und Stunde der Arbeit fehlen beim Südfunk ganz — Dr. Holzbauer verpricht die Wünsche der Beiratsstellen vorzutragen. Gen. Maier schloß die Tagung mit dem Wunsch, daß die Zusammenarbeit aller Ortsgruppen mit dem Bezirk von Erfolge geträumt sei. Der Rundfunk sei keine Spielerei, sondern ein Machtfaktor, dem sich die Arbeiterschaft annehmen müsse.

Zum Pfingstfest
kaufen Sie Ihre Schuhe am besten bei
Schuh-Zepf
Zähringerstr. 31, Nähe Kronenstr.
Ich gebe auf alles 4133
5 Proz. Rabattmarken
Nur einige Beispiele:
Herrn-Halbschuhe, braun und schwarz, weiß, gedoppelt 8.90
Damenspannen in braun und schwarz 6.90
Damenspannen in feinen Modelarben 12.50 9.50 6.90
Kinderschuhe in allen Farben zu billigen Preisen. Z. B.: 27-30 31-36 4.90 6.50
sowie meine bekannten **Ballenwollschuhe** mit Einlagen schon v. 12.50 an.

ALLE Farben u. Lacke
FÜR DEN Hausgebrauch
GUT u. PREISWERT IM **Farbenhaus Weststadt**
KÖRNERSTRASSE 42 ECKE SOFIENTRASSE

für eine Zeitungsreklame
Unentbehrlich ist der Volksfreund
die Anspruch darauf erhebt, als durchgreifend und erfolgssicher bezeichnet zu werden. Jede Voraussetzung für eine geschäftlich lohnende Bearbeitung großer Käuferkreise in Stadt und Land sind bei unserem altangesehenen Organ in großem Maße gegeben.

Fesch und preiswert zum Ausflug gekleidet



- | Die Dame: | Der Herr: |
|-------------------------------|-------------------------------|
| Stromp-Kappe 2.75 | Sportmütze 2.90 |
| Sportbiuse 9.75 | Sporthemd 5.90 |
| Pullover ohne Arm 2.90 | Sportpullover 3.75 |
| Fotolasche 2.85 | Knickerbocker 9.75 |
| Sportrock 3.95 | Sportstrümpfe 1.75 |
| Spangenschuhe 12.50 | Sport-Halbschuhe 12.50 |

Foto-Wettbewerb
Bilderaufnahme u. Bedingungen zum Wettbewerb in der Foto-Abteilung, II. Etage.

HERMANN KARLSRUHE

Kaffee Bauer
Heute Freitag 16 Uhr nachmittags
Elite-Konzert
der Kapelle Franz Osenege
Einlage:
Liebeswerbung für Cello Becker
Lo Cygne Saint-Saens
Solist: Fritz Neuhaus.
20,30 Uhr abends
Operetten- u. Schlager-Abend

Kapok-Matratzen
aus bestem Kapok in gutem Drell 72.- 58.- 48.-
M. Kachur, Kaiserstraße 19.

Ettlinger Anzeigen
Bekanntmachung.
Die Mitglieder unseres Ausschusses werden hiermit zu der am Freitag, den 5. Juni 1931, nachmittags 5 1/2 Uhr, im „Waldbad“ in Ettlingen stattfindenden
Ausschuß-Sitzung
eingeladen. Persönliche Einladung der Ausschussmitglieder erfolgt gleichzeitig.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung über das Rechnungsjahr 1930.
2. Bericht der Rechnungsprüfungskommission und Abnahme der Jahresrechnung des Ausschusses.
3. Bericht über die derzeitigen finanziellen Verhältnisse der Kapelle.
4. Aenderung des § 30 Absatz III der Statuten.
5. Verschiedenes.
Anträge sind bis längstens Mittwoch, den 27. Mai 1931, nachmittags 5 Uhr, an den Ausschuss zu reichen.
Ettlingen, den 20. Mai 1931.
Allgemeine Ortskrankenkasse Ettlingen
Der Vorsitzende des Vorstandes.

Pfingsten
eine gute Flasche
Wein
aus meiner eigenen Kellerei 4252
5% Rabatt!
Verlangen Sie in meinen Filialen die reichh. Weinliste.
Zufuhr erfolgt frei Haus, bei Bestellung von 6 Flaschen an
BUCHERER
Telephon 392

Schlafzimmer
Wir haben ein gut erhaltenes eichenes Schlafzimmer in Zahlung genommen. Das Zimmer stammt von ordentlichen Leuten, die sich ein besseres, teureres Zimmer beschaffen wollten. Wir bieten das Zimmer komplett zum Preis von 225.- an. Lassen Sie sich diese Gelegenheit nicht entgehen.
Möbelhaus Carl Baum & Co.
Erbsprinzenstrasse 80
Kein Laden.
Ständigen Lager über 100 Zimm. u. Küchen.
Teilzahlung.
Gut erhalten
zu kaufen gesucht.
Knoeb. unt. Nr. 4076 an den Volksfreund.

Der Film
Im Westen nichts Neues
in Bildern
128 Seiten, kartoniert RM. 2.85
Organisationsausgabe der Verlagsgesellschaft des A.D.G.B., nur für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder RM. 1.50
Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe, Waldstraße 28 Fernsprecher 7020 und 7021

Soeben eingetroffen:
Neue Ital. Kartoffeln
Pfund 22 Rpf.
Abgabe nur an Mitglieder
Lebensbedürfnisverein



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

22. Mai.

1864 Raffalles letzte Agitationsrede. — 1872 Gotthard Einigungs- tonareh. — 1879 f. Soa. Klaas Peter Reinders. — 1898 f. Amerit. Schriftsteller E. Bellamy. — 1905 Gewerkschaftstongreß in Köln. — 1925 Amundsens Aufstieg im Flugzeug zum Nordpol. — 1927 Soa. Parteitag in Kiel.

Volk und Polizei

Die Aufgabe der Polizei ist in einem Volksstaat eine andere als unter einer Diktatur oder unter dem alten Regime. Der Volksstaat stellt an die Polizeibeamten gewaltige Anforderungen. Der Fort- und Ausbildung der Polizei kommt dabei heute viel größere Bedeutung zu als je zuvor. Der Traum der Edelanarchisten: eine Gesellschaft ohne Polizei ist noch nicht in Erfüllung gegangen und deswegen ist die Polizei notwendig. Für die Entwicklung des Volksstaates ist es naturgemäß von größter Bedeutung, wie sich die Mehrheit des Volkes, d. h. die Mehrheit, die diesen Volksstaat auf demokratischer Grundlage will, zur Polizei stellt und umgekehrt. Daß die sozialen Elemente und ebenso die politischen Extremisten, die den Volksstaat mit Gewalt zerstören wollen, die Polizei bekämpfen, ist selbstverständlich. Die Volksmehrheit dagegen verlangt Sicherheit von Leben und Eigentum sowie Schutz vor Übergriffen sozialer und extremer Elemente.

Der ideale Schutzmann ist vielleicht bis zu einem gewissen Grad in England verwirklicht worden. Der englische Polizist ist der „König der Straße“. Vor allem gilt das für London. Niemand, auch kein Angehöriger der oberen Stände, wagt drüben gegen die Entscheidung eines Schutzmannes bei irgendwelchen Differenzen auf der Straße zu rebellieren. Natürlich gibt es auch drüben Wildwestelemente. Im allgemeinen aber ist die Stellung des Schutzmannes infolge seiner Reibekleidung durch das Publikum außerordentlich stark. Das kommt nicht von ungefähr. Die englische Polizei ist aus einer Art freiwilligen Bürgerschutzes entstanden. Bei diesem Bürgerschutze mußte sich jeder fragen, ob er nicht, wenn er heute rebelliert, morgen auf gleichen Widerstand stößt, wenn er selbst die Hellebarde tragen muß. England ist überdies das Land der großen bürgerlichen Freiheit, während Deutschland bis zum Umschwung das Land des Untertans war und den Bürger eigentlich nur aus liberalen Blättern kannte. Bei uns waren früher Militär und Polizei Werkzeuge eines nur mühsam maskierten Absolutismus. Die Folge war ein scharfer Gegensatz zwischen Polizei und Volksmassen, vor allem zwischen Polizei und Arbeiterklasse.

Trotz dieser noch vorhandenen, psychologisch begründeten Widerstände muß der Schutzmann durch Gehalt und Selbstverweigerung dahin kommen, Schussgeißel der Bevölkerung zu werden. Das Volk will eine hilfsbereite Polizei, eine Polizei, die auch für die schwere Wirtschaftsnöte der Massen Verständnis hat. Das Volk will eine unparteiische Polizei. Es fordert — und das mit Recht — daß gegen die Extremisten ohne Unterschied der Richtung, wenn sie mit Gewalt vorgehen, Front gemacht wird. Das Volk will eine staatsreue Polizei. Das Verhältnis des Polizisten zum Staat ist etwas ganz anderes, als die Stellung des Arbeiters gegenüber seiner Firma. Der Polizist steht zum Staat in einem Vertrauensverhältnis. Wer Staatsdienst tut, muß auch Staatsgenuß haben. Wer den Volksstaat nicht will, der soll den Staatsdienst verlassen; er muß ihn verlassen, wenn er ein aufrechter Mann ist. Der Beamte, der im Staatsdienst bleibt, obwohl er innerlich gegen den Staat steht, ist ein Schmeichler.

Schwer ist der Dienst, den der Polizeibeamte heute zu verrichten hat. Die Anforderungen, die an den Polizeibeamten gestellt werden, sind enorm; oft werden alle Kräfte reserven aus ihm herausgeholt. Die ungeheure Arbeitsleistung der Polizei wird nicht genügend bezahlt. Allein sehr viele tragen heute ein noch schwereres Los. Sie tragen es, ohne daß sie auf den Gedanken kommen, alles zu verschieben. Arbeiter und Anwohner tragen seit Jahren eine Summe von Elend, das sie bestimmt nicht verschuldet haben. Trotzdem halten sie diesem Staat die Treue. Dasselbe muß auch vom Beamten verlangt werden. Treue bewährt sich nur in der Stunde der Not, in der Stunde, wo Schwache Naturen versagen. Männer mit selbstloser Überzeugung erfüllen die freiwillig übernommene Pflicht. Größer als Lob und Anerkennung ist für den Mensch das Gefühl, seine Schuldigkeit getan zu haben.

Schützt euch vor Schnaken!

Vom Städt. Gartenamt wird uns geschrieben: Endlich bringt langesicheres Warmwetter des Frühlings für Tier und Pflanzenwelt neuen Lebensantrieb. Zurückgedämmte Kraft läßt sich nun nicht mehr halten. Fast über Nacht stand Feld und Wald im Frühlingskleid. Die Freude des Menschen an den Herrlichkeiten der Natur bricht überall durch. Die Wälder laden absehendete Städte unter ihr jungfräuliches Blätterdach und bieten tausendstimmiges Vogelkonzert fast ohne Unterbrechung, was selbst den Rubeluchenden nicht stört. Fleißige Hände arbeiten mit verdoppeltem Eifer an der Verschönerung der Gärten, um der Seele in Ruhestunden auch einen Genuß zu bereiten. Der Gartenfreund möge aber in seinem Eifer nicht vergessen, die Wasser- und Laubebehälter dicht bedeckt zu halten, sonst sind sie in wenigen Tagen zur Brutstätte unzähliger Schnaken geworden, die uns die Freude am allerhöchsten Garten recht gründlich verderben können. Wenn trotz aller Sorgfalt die Larven der wenig geliebten Blutläuse die Flüssigkeitsbehälter belegen sollten, so genügen wenige Tropfen Benzol, Petroleum, Benzol oder Schnakenaprotol,

um die ungetretenen Gänge rasch ins Jenseits zu befördern. Nach einer Stunde kann die dünne Delbefe durch Nachfüllen von Wasser leicht abgeschwemmt werden, und die unbegründete Gefahr, die Gewächse zu schädigen, ist beseitigt. Du hast dabei, lieber Kleingärtner, die beruhigende Gewißheit, dich, deine Mitmenschen und die Tierwelt von einer Plage befreien zu helfen, die auch vor unseren Wohn- und Schlafstätten nicht halt machen wird.

Seit einigen Tagen haben die Hausfrauen begonnen, ihre Eier abzulegen, aus welchen schon in 14 Tagen Unseihe entstehen kann. In kurzen Abständen reißt sich dann Generation an Generation, so daß bis zum Sommer die Schnakenplage sich unerträglich steigern wird, wenn der Mensch tatenlos der Gefahr ins Auge schaut. Willst du, lieber Leser, dich mitschuldig machen? J. G.

Vom Wochenmarkt

Mit Kartoffeln „selbe Industrie“ war der Markt gut versehen; auch ausländische neue (aus Ägypten, Ägypten und Spanien) waren reichlich angeboten. Aber die Nachfrage nach Letzteren war recht gering, die nach alten einheimischen Kartoffeln mittelmäßig. Auf dem Gemüsemarkt gab es vor allem reichlich Spinat und Kohlrabi; auch Blumenkohl war in großen Mengen da. Weniger reichlich dagegen war die Anfuhr von Mören, Karotten, gelben Rüben, Kohlrabi und einem Teil der Karotten kamme alles Gemüse aus dem Ausland. Begehrt waren vor allem Kohlrabi. Das Interesse für die übrigen Gemüse war nur mittelmäßig; am geringsten war es für Mören und gelbe Rüben. Sehr reichlich war Konjakk vertreten, inländischer wie ausländischer; die Nachfrage war aber nur mittelmäßig. Letzteres gilt auch für Salatgurken, bei denen das Angebot jedoch nur mittelmäßig war. Spargel auch reichlich und zwar inländische (neben einem kleineren Posten ausländischer Waren); die Nachfrage war gut, entsprach also dem Angebot.

Auf dem Obstmarkt gab es in großen Mengen Tafeläpfel und Tomaten, in geringerem Umfang Trauben und Erdbeeren; bemerkenswertes Interesse war nur vorhanden für Tomaten und Erdbeeren. Von Südfrüchten waren Drogen, vor allem aber Bananen reichlich vertreten; das Interesse war für beide nur mittelmäßig. Aus dem Ausland stammte, und zwar aus Holland Blumenkohl, Mören, gelbe Rüben, Konjakk, Salatgurken und Tomaten — aus Frankreich Karotten, grüne Erbsen, Kopfsalat, Spargel und Erdbeeren — aus Italien Karoffeln und Zitronen — aus Spanien Trauben und Drogen — aus Ägypten Karoffeln und Tomaten — aus Ägypten Karoffeln und Zwiebeln — von den kanarischen Inseln Tomaten — aus Westindien Bananen — aus Kalifornien, Australien und Neuseeland Tafeläpfel.

Betrügerische Stoffhändler

Eine größere Anzahl angeblich italienischer Stoffhändler durchziehen rasch das Land. Da sie schlecht deutsch sprechen, sind sie meistens in Begleitung eines Deutschen. Sie bieten beim Erscheinen Damenstrümpfe zu 20, 30 und 40 Pa, und Halstücher zu 30 Pa, an und nehmen Bestellungen auf. Hierauf bieten sie angeblich echte englische Stoffe an, die sie auf der Leipziger Messe erworben haben wollen. Sie geben an die Stoffe seien, 3,20 bis 3,30 Meter lang, in Wirklichkeit sind sie nur 2,80 bis 3,08 Meter lang und reichen oft nicht zu einem Anzug. In Ladeneinrichtungen werden die gleichen Stoffe billiger verkauft. Die bestellten Strümpfe liefern sie nicht; sie verlangen nur dem Angebot nur den Zweck, Willkür ihrer Waren vorzutauschen, um dann die mitgeführten Anzugstoffe leichter abzusetzen. Die badische Landespolizei warnt vor diesen Hausierern.

Wo steckt das Verbrechergesindel?

Man schreibt uns: Der Nazi-Stadtrat Kramer war es, der durch seinen Ruf, in welchem er die Kommunisten als Verbrechergesindel bezeichnete, den äußeren Anlaß bot zu der Saalklacht in der letzten Bürgerausschuß-Versammlung. Ausgerechnet die Nazis haben es notwendig, andern das Wort „Verbrechergesindel“ entgegenzusetzen. Welch edler Mensch übrigens der Stadtrat Kramer ist, wurde in dieser Tage im „Volksfreund“ zur Genüge gekennzeichnet.

Wir wollen aber heute wiederum einen Beitrag bringen, der der Öffentlichkeit zeigen soll, wo das eigentliche Verbrechergesindel steckt. Nur ein Ausschnitt aus der Führer-Garnitur der Nazis, dessen sei heute angeführt, dem wir beliebig weitere anreihen können.

- Ein hitlertreuer SA-Führer ist Herr Heinrich K e h r m a n n in Bernau bei Berlin. Er kommandiert die Standarte VI der NSDAP in Bernau, den Sturm 36 und den Trupp Bernau. Aus seiner Vergangenheit ist folgendes von Interesse: Kehrman wurde bestraft am:
 - 14. November 1912 von der Strafkammer Elberfeld zwei Monate Gefängnis wegen Diebstahls in zwei Fällen;
 - 5. Oktober 1921 vom Schöffengericht Berlin-Lempelhof ein Jahr und eine Woche Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust wegen Diebstahls im Rückfall;
 - 8. November 1922 vom Schöffengericht Schwerin zwei Jahre Zuchthaus wegen schweren Diebstahls im Rückfall.Adjutant und Kassenführer der Schutzstaffel München ist Herr Georg A m e j e r (München, Sebaltsplatz 8). An ihm interessiert uns, daß er folgende Strafen erhalten hat:
 - 31. März 1921 vom Volksgericht Amberg drei Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls;
 - 17. Juni 1921 vom Schöffengericht Amberg unter Einbeziehung der vorstehenden Strafe drei Monate 14 Tage Gefängnis wegen Diebstahls.Adjutant des Gausturms Staßfurt ist Herr Karl R e i c h m a n n (Staßfurt, Wilhelmstraße 1). Aus seinem Vorleben ist für uns wichtig, daß er folgende Strafen erhalten hat:
 - 12. Juni 1921 vom Schöffengericht Staßfurt fünf Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls in drei Fällen;

30. Juni 1922 vom Schöffengericht Bernburg zwei Wochen Gefängnis wegen Beleidigungen;

11. November 1929 vom Schöffengericht Staßfurt zwei Wochen Gefängnis wegen Diebstahls.

Im Lande Mecklenburg-Strelitz stellen die Nationalsozialisten in letzter Zeit den Wanderebenen K ö r n e r als besonders unzuverlässiges Paradebeispiel heraus. Körner ist Regierungsobersekretär an der Landesversicherungsanstalt Mecklenburg. Als Beamter einer republikanischen Staatsbehörde eignete er sich nach Ansicht der Nazis scheinlich zur Prägung des „Dritten Reiches“ besonders gut. Da Körner in Ländchen Strelitz die „Kanoniere der Nazis“ war, wurden alle Versammlungen, in der „Sa. Körner“ sprechen sollte, groß angekündigt. So hatten seine Freunde auch in Dahlen bei Friedland für ihn die Reflametrommel gerührt. Die Kanoniere Körner aber blieb aus und die Nazis mußten die Versammlungen belagert nach Hause schicken. Der Nazistreiber war verärgert, seine Rede gegen Republik, Marxismus und Korruption konnte er diesmal nicht vom Stapel lassen.

Warum Körner in der Versammlung in Dahlen nicht sprechen konnte, wurde bald darauf bekannt. Körner war wegen Unterschlagung von 3000 Mark Versicherungsbeiträgen aus seinem Amte entlassen und der Staatsanwalt mußte ermitteln. Wir geben dem Nazi-Kramer den guten Rat, etwas vorsichtiger mit seinem Schindmörder-Penion umzugehen, denn der Schuß wird hierbei immer noch hinten losgehen. H.a.w.

Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Invalidenversicherung

In den letzten Jahren mehren sich die Fälle, wo die Renten ansprüchliche abgemindert werden mußten, weil in der vom Tage der Ausstellungsfrist bei der Pflichtversicherung und freiwilligen Weiterversicherung weniger als 20 gültige Beitragsjahre nachgewiesen sind. Nicht selten befinden sich zwar in einer Quittungsart 20 Beitragsjahre, wenn aber einige derselben für eine Beitragsjahreangabe gelten, die vor der Ausstellung der Quittungsart liegt, was auch nicht selten vorkommt, dann rechnen diese infolgedessen für die zweijährige Anwartschaftsperiode aus dieser Quittungsart nicht mit. Dadurch ist die Anwartschaft verloren gegangen. Um diese Anwartschaftsverluste im Interesse der Versicherten zu verhindern, wäre ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß bei Pflichtversicherung und freiwilliger Weiterversicherung keine Quittungsart zur Aufrechnung gelangt, in der für die Zeit nach der Ausstellung der Karte weniger als 20 Beitragsjahre geltend gemacht sind. Ein solches Quittungsart sind die für Zeiten vor der Ausstellung der Karte geltend gemacht und sind nach Abzug dieser Zeiten für die betreffende Anwartschaftsperiode weniger als 20 Beiträge nachgewiesen, so ist die Möglichkeit vorhanden, dafür zu sorgen, daß die fehlenden Beitragsjahre vor der Aufrechnung der Karte nachgestellt werden können. Vermerkt sei noch, daß bei der Selbstversicherung und ihrer Fortsetzung nach dem 1. 1. 1922 die bei Erhaltung der Anwartschaft in zwei Jahren, nach dem auf der Karte verzeichneten Ausstellungsdatum mindestens 40 Mark erforderlich sind, sofern nicht auf Grund der Versicherungsfrist bereits mehr als 60 Beiträge entrichtet worden sind. Ist der Versicherte nicht imstande, die fehlenden Beiträge nachzuführen und kommen aus Ersparnissen i. S. des § 1281 B.V.G., nicht in Frage, dann könnte eventuell das ausländische Arbeitsamt gemäß § 129 B.V.G. zur Rückzahlung der Beiträge verpflichtet werden. Wenn eine Rückzahlung durch das Arbeitsamt nicht in Frage kommt, so können bei Bedürftigen mittellose Versicherter die Gemeinde- bzw. Fürsorgebehörden selbst die fehlenden Beiträge nachzahlen. Wegen des immer mehr anwachsenden Fürsorgeaufwandes des Volkes von dieser Möglichkeit viel mehr Gebrauch gemacht werden, da in manchen Fällen eine Fürsorgeunterstützung höher ist, oder doch nicht in solchem Maße in Frage käme, wenn rechtzeitig mit geringen Mitteln den mittellosen Versicherten keine Renten anwartschaft aufrecht erhalten und ihm dadurch die Invalidenrente oder dessen Hinterbliebenen die Hinterbliebenenrente gesichert wäre. Aufgabe der Versicherten ist es daher, in erster Linie, vor der Aufrechnung der Quittungsart diese in Bezug der Markenförmung durch die zuständigen Versicherungsbehörden einer Prüfung zu unterziehen. Sela.

Leid der Stummen

Ferbetransporte. Ungefähr 250 000 Pferde werden im Jahre 1931 aus den östlichen Staaten nach dem Westen durch Deutschland transportiert. Sie finden als Grubenpferde oder zu Schlachtwagen Verwendung. Sie sind billig angekauft, was liegt daran, wenn auf diesen Transporten einige Tiere zugrunde gehen. Die eng zusammengepackten Tiere dürfen, wenn Seuchengefahr besteht, in Deutschland nicht ausgeladen werden und bekommen während des ganzen Transports nichts zu trinken. Die Pferde scheitern nicht, bräunen sich an die Vistuneneinrichtung und besetzen durch Verden ihren großen Durst. Es kommt häufig vor, daß Tiere, die auf dem Boden liegen, schwere Schmerzen durch die anderen Tiere erleiden. Wo bleiben hier die Verpfleger, die auf allen Gebieten einleiten, Fortschritten auf die wie so folgt? Auch unter Schlachtvieh ist vielfach 24 und 36 Stunden ohne Tränkung unterwegs in der größten Sommerhitze.

Widerrufen. Den einen treibt der Hunger, den anderen die Freude am Stehen von Weibern, den anderen ein lüdes Jagdvergnügen. Keiner denkt an das Leben des in der Schlinge angefangenen, den Schmerz und die Todesangst des in der Falle gefangenen Wildes. Erziehung von Jugend auf zur Liebe zum Tier, zum Mitfühlen und Mitleiden mit jedem Geschöpf, ist heute notwendiger als je. Ein Reh, das in der Schlinge gefangen, stumm leidet, die Schlinge ging in einem Fall durch Fell und Fleisch hindurch bis auf die Rippen, — ein Jitis, der in der Falle gefangen, mit der Falle beimgeheftet wird, und dem, um das Fell nicht zu beschädigen, lebend die Augen ausgefodert werden, sind sie nicht die Vorgänger von Menschen, an denen der Tierquälzer zum Narren werden kann? Der Altsmörder von Rielingen erhielt eine Geldstrafe von 30 M. Genügen die Verordnungen zur Bestrafung solcher Graulanteiten wie in dem vorliegenden Fall?

Der Herr

der sparsam und doch anspruchsvoll ist, geht zu

T I E T Z

Sporthemden m. pass. Binder, Oxford-Qual. 4.90	3.90 gute Popeline-Qual. 5.90	Herren-Schillerhemden Zellulose oder Panama 4.90	3.90	Oberhemden Popel.m.Krag. 4.90	3.90	Felpoppeline mit Kragen, blau, beige, rot 6.90	6.90	Selbstbinder teils reine Seide breite Form, moderne Muster 1.90	95.9	
Halbsteife Kragen gutes Bielefelder Fabrikat	45.9	Herren-Stroh Hüte Maleot-Form	1.95	2.90	Halbschuhe Lackleder, braun u. schwarz Boxcall, moderne Formen, Orig. Good-Welt	9.80	Halbschuhe la braun u. schwarz Box call, beste Palmformen und Rahmentarbeit	14.50		
Hemd hose ohne Arm, Knieform	1.90	Gr. 4-6	Kniehose mit Gummizug, porös, praktische Unterkleidung für Sport u. Straße	1.25	Gr. 4-6	Socke Seldentor, gemustert, gut verstärkte Sohle	1.45	1.05	Sportstrumpf kräftige Baumwolle, moderne Melangen	1.75

